

*Horst Dietzel, Jana Hoffmann, Gerry Woop*

---

# **Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG**

**rls**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Horst Dietzel, Jana Hoffmann, Gerry Woop

Studie zum  
Vergleich der Parteiprogramme  
von PDS und WASG

im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Oktober 2005

© Rosa-Luxemburg-Stiftung

2005

# Inhaltsverzeichnis

I. Vorbemerkungen.....	5
II. Das Selbstverständnis der Parteien .....	7
1. Ziel- und Wertorientierungen.....	7
2. Bestimmung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse und neuer Herausforderungen .....	8
3. Parteicharakter.....	11
III. Komparative Analyse einzelner Politikfelder .....	13
1. Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik.....	13
2. Ostdeutschland und andere strukturschwache Gebiete.....	17
3. Soziale Sicherungssysteme.....	18
4. Ökologischer Umbau .....	20
5. Bildung, Wissenschaft und Hochschulen .....	21
6. Lebensweise, Individualität und Kultur.....	23
7. Demokratie und Staatsverständnis .....	24
8. Ausländerinnen- und Migrantinnenpolitik .....	27
9. Gleichstellung und Feminismus.....	27
10. Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik .....	28
11. Europapolitik .....	31
IV. Zusammenfassende Wertung.....	33
1. Grundsätzliche Aussagen, Selbstverständnis.....	33
2. Zu einzelnen Politikfeldern.....	34
Quellen .....	37
Angaben zu den Autoren.....	37

# I. Vorbemerkungen

Mit der Bundestagswahl 2005 ist ein erster Abschnitt der Kooperation zwischen PDS und WASG erfolgreich abgeschlossen, der von beiden Seiten mit politischer Vernunft gestaltet worden ist. Die PDS hat ihren Namen in Linkspartei.PDS verändert, um der WASG gegenüber ein Signal zu setzen, dass die Kooperation im Vorfeld der Wahlen auf Dauer angelegt ist. Im Gegenzug hat die WASG sich bereit erklärt, unter den gegebenen Wahlrechtsbedingungen eigene Mitglieder auf PDS-Listen kandidieren zu lassen. Eine Fraktion mit dem neuen Namen „Die Linke“ ist mit 54 Abgeordneten die erste parlamentarische Vertretung einer gesamtdeutsch verankerten Linken links der Sozialdemokratie seit 1949 im Deutschen Bundestag. Neben dem parlamentarischen Arbeitszusammenhang stehen als Kern dieser Kooperation die Parteien WASG und Linkspartei.PDS vor der Herausforderung, innerhalb der kommenden zwei Jahre zu fusionieren.

Dabei dient ein Programmvergleich dazu, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Linkspartei.PDS und der WASG herauszuarbeiten.<sup>1</sup> Er soll Aufschluss darüber geben, wie nah oder fern sich beide Parteien programmatisch sind. Schwerpunkte des Vergleichs sind das allgemeine Selbstverständnis beider Parteien (gesellschaftliche Weg- und Zielvorstellungen, Werteorientierungen, Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, neue Herausforderungen, Parteicharakter) und eine Analyse der hauptsächlichen Politikfelder. Bezüge zur politischen Praxis sind nicht Gegenstand der Betrachtung.

Die Parteiprogramme von PDS und WASG unterscheiden sich recht deutlich in ihrer

---

<sup>1</sup> Wir verwenden den Namen PDS, wenn es um das Parteiprogramm geht, das im Jahre 2003 verabschiedet wurde. Wenn es um allgemeine Aussagen und um das Wahlprogramm dieser Partei geht, verwenden wir in der Regel den Begriff Linkspartei.PDS.

Anlage. Ursache hierfür ist deren Entstehungsgeschichte. Die PDS verabschiedete ihr Parteiprogramm nach jahrelangen Debatten im Jahre 2003, in der es neben den konkreten Politikangeboten sehr stark um identitätsstiftende Fragen zu gesellschaftlichen Weg- und Zielvorstellungen und zum Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus ging. Es löste das Programm von 1994 ab. Bei der WASG handelt es sich um das Gründungsprogramm einer Protest- und Abspaltungsbewegung mit stark sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Prägung. Die Partei entstand vor allem aus Protest gegenüber der Politik der SPD unter Kanzler Gerhard Schröder. Es sollten möglichst viele Menschen angesprochen werden, ohne ideologische oder weltanschauliche Hürden aufzubauen. Der Name „Wahlalternative...“ sagt schon aus, worauf sich diese Partei von Anfang an konzentrierte.

Vor diesem Hintergrund erschließen sich sehr unterschiedliche konstitutive und Gliederungselemente: Das PDS-Programm ist wesentlich umfangreicher. Es enthält neben den konkreten Politikfeldern umfangreiche Abschnitte über den Sozialismus als Ziel, Weg und Wert, über die gegenwärtige Welt und über den Charakter der PDS selbst. Dem gegenüber konzentriert sich das WASG-Programm auf die Politikfelder und zeitnahe Alternativen.

In die Analyse werden auch die Parteiprogramme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit einbezogen, um eine mögliche programmatische Nähe oder auch eine Distanz zu diesen Parteien auszuloten und damit den Platz der neuen Linksformation im breiteren linken Spektrum komparativ zu verorten.<sup>2</sup> Dies steht jedoch nicht im Mittelpunkt der Studie. Es geht hier zunächst nicht darum, ein mögliches Mit-

---

<sup>2</sup> Bei der SPD beziehen wir uns sowohl auf das Berliner Programm von 1989 als auch auf die neuere programmatische Debatte 2004/2005.

Links-Bündnis inhaltlich abzuwägen. Um bei den konkreten politischen Projekten genauer Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszufinden, beziehen wir an einigen Stellen auch Wahlprogramme (insbesondere das der Linkspartei.PDS) mit in die Betrachtung ein.<sup>3</sup> Bei den Quellenangaben verwenden wir Kurzbegriffe, die im Anhang ausführlich gekennzeichnet sind.

---

<sup>3</sup> Das Wahlmanifest der WASG ist im Grunde eine Kurzform des Gründungsprogramms. Positionen werden nicht weiter entfaltet. Im Gründungsprogramm selbst sind die politischen Auffassungen bereits konkret entwickelt. Außerdem stand das Wahlmanifest nicht im Mittelpunkt des Wahlkampfes der WASG, weil ihre Kandidaten auf den Listen der Linkspartei.PDS kandidierten.

## II. Das Selbstverständnis der Parteien

### 1. Ziel- und Wertorientierungen

Schlüsselbegriff im PDS-Programm ist der „Demokratische Sozialismus“, ähnlich dem Berliner Programm der SPD. Er wird als Ziel, Weg und Wertesystem definiert. Deutlicher aber als noch im Programm von 1994 wird er als Transformationsprojekt ausgearbeitet: „Sozialismus entsteht nach unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsfahrplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus... Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden.“<sup>4</sup> Kern des Sozialismusverständnisses sind grundlegende Freiheitsgüter: „Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte.“<sup>5</sup>

Freiheit wird als „der Bezugspunkt sozialistischer Politik“ definiert. „Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit verlangt, dass die grundlegenden Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen wer-

den können.“<sup>6</sup> Dieser Grundwertekanon wird im Folgenden mit den realen politischen Prozessen und Forderungen verbunden: Eine solche Politik erfordere eine andere Regulation von Wirtschaft, und die gesellschaftliche Dominanz der Profilogik sei mit der durch das Grundgesetz gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar.

Im WASG-Programm gibt es weder den Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ noch wird ein Wertekanon aufgestellt. Die Programmatik orientiert sich an der „Leitidee der sozialen Gerechtigkeit“. Längerfristige Betrachtungen über gesellschaftliche Weg- und Zielvorstellungen werden nicht angestellt. Es heißt hier lediglich, dass politische Entscheidungen nicht die Zukunftsfähigkeit der Welt und des Menschen gefährden dürften. Darum sei eine Politik nötig, die Alternativen eröffnet. Die WASG gibt ein klares Bekenntnis zur Demokratie ab. Sie sei „grundlegende Voraussetzung für eine gerechte, menschenwürdige und friedliche Gesellschaft... Die WASG setzt sich für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft ein“. Obwohl mit teilweise anderer Begrifflichkeit versehen, deckt sich das im Kern mit den Ausführungen der PDS. Allerdings beschränkt sich die Leitidee der sozialen Gerechtigkeit bei der WASG nur auf eine von mehreren Dimensionen der Gerechtigkeit. Ohne den Bezugspunkt Freiheit ist eine zeitgemäße Programmatik jedoch schwer vorstellbar.

Der grundlegende Teil des PDS-Programms liegt teilweise näher am Berliner Programm der SPD von 1989.<sup>7</sup> Dort heißt es, die Arbeiterbewegung habe die Ideale der bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit eingeklagt: „Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist eine historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung

---

<sup>4</sup> PDS-Programm, S.3.

<sup>5</sup> Ebenda.

---

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> SPD-Programm, S.8.

von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ Dieses Programm enthält auch einen eigenen Abschnitt über die Grundwerte, die ausführlich definiert werden.<sup>8</sup> „Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann.“ Abschließend heißt es in diesem Kapitel: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn.“<sup>9</sup> Zu diesem Aspekt gab es in der jüngsten Programmdebatte der SPD Auseinandersetzungen darüber, ob es bei der Gleichwertigkeit der Grundwerte bleiben solle oder ob es einen Vorrang der Freiheit gebe. Außerdem wurde der Vorschlag unterbreitet, „Eigenverantwortung“ als Grundwert zu behandeln. Diskutiert wurde auch, ob eine neue Definition von Gerechtigkeit notwendig sei. Letztlich wurde sogar der Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ in Zweifel gezogen.<sup>10</sup>

Die Programmphilosophie von Bündnis90/Die Grünen verzichtet auf einen gesellschaftlichen Gegenentwurf. Die Partei will die Gesellschaft über 12 Schlüsselprojekte modernisieren. Die gesellschaftliche Vision wird deshalb auf drei Sätze verkürzt: „Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte unteilbar und universell gültig sind und in der Selbstbestimmung in Verantwortung verwirklicht werden kann. Unsere Vision ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen. Wir stärken Demokratie und verteidigen sie gegen Angriffe.“<sup>11</sup> Die Grünen schreiben ausdrücklich: „Uns eint, uns verbindet ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie.“ Die Grundwerte werden im Programm ausführlich erläutert. Dazu zählen Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Generatio-

nengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie. Ausdrücklich betonen die Grünen die verschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit, die über die traditionelle Verteilungsgerechtigkeit hinausgehen.<sup>12</sup> Vor allem hier wird der Gegensatz zur WASG deutlich, die sich auf soziale Gerechtigkeit beschränkt.

Nachhaltigkeit ist ein Begriff und eine Orientierung, die von allen Parteien verwendet wird, wenn auch in unterschiedlicher Ausführlichkeit und Reichweite.

## **2. Bestimmung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse und neuer Herausforderungen**

Schon in der Präambel des PDS-Programms werden die Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation, für Gewalt und Krieg, soziales Elend und die Krise der weltweiten Ökosphäre genannt. Sie liegen „in den Profit- und Herrschaftsverhältnissen der international mächtigsten Teile des Kapitals und im Bestreben, die Entwicklung des ‚Nordens‘ auf Kosten des ‚Südens‘, der Natur und der zukünftigen Generationen zu betreiben“.<sup>13</sup> Darüber hinaus gibt es ein eigenes ausführliches Kapitel (II) „Die gegenwärtige Welt“. Hier wird die „neoliberale Offensive“ seit den 70er Jahren beschrieben, deren Versprechungen nicht eingehalten worden seien. In einem weiteren Punkt ist der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien ausführlich dargestellt. „Der heutige Kapitalismus bringt Möglichkeiten hervor, die für die Lösung der Menschheitsfragen unverzichtbar sind, aber gleichzeitig fesselt,

<sup>8</sup> Vgl. ebenda, S. 12 f.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>10</sup> Vgl. Tradition und Fortschritt, Start der Programmdebatte, Programmhefte der SPD, Berlin, Januar 2005, S. 30-34.

<sup>11</sup> Grundsatzprogramm Bündnis90/Die Grünen, S. 6.

<sup>12</sup> Vgl. ebenda, S. 6-10. Übergreifend zu den Werten heißt es: „Unsere Grundposition heißt: Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie.“, ebenda, S. 6.

<sup>13</sup> PDS-Programm, S. 2. In nahezu „klassischer“ Weise werden hier alle Übel der Welt im international agierenden Kapital (früher Monopolkapital) gesehen. Beim Nord-Süd-Konflikt wird aber in dieser Formulierung offen gehalten, um wen es sich dabei genau handelt.

deformiert und zerstört er sie.“<sup>14</sup> Hier wird im Unterschied zur Formulierung in der Präambel der widersprüchliche Charakter der gegenwärtigen Gesellschaft aufgezeigt, an dem sozialistische Politik ansetzen müsse. Ein dritter Abschnitt widmet sich den globalen sozialen Problemen. Hier lautet die Grundaussage, dass die krassen Gegensätze des Kapitalismus am Beginn des 21. Jahrhunderts zu globalen Existenzgefährdungen der Weltgesellschaft geworden seien. Die Regierungen weniger Staaten, die Führungen einiger Weltkonzerne und die Spitzen des Finanzkapitals strebten „uneingeschränkte imperialistische Herrschaft an“, heißt es weiter. Andere Ursachen für die heutigen Weltprobleme gibt es in dieser Diktion nicht.

Das WASG-Programm enthält keinen solchen die Gegenwart umfassend einschätzenden Abschnitt. Auch fehlen solche generellen theoretischen Ableitungen über den Kapitalismus (einschließlich der Begrifflichkeit selbst). Geschildert werden hingegen die realen Gefahren für viele Menschen, die in ihrer materiellen Existenz bedroht seien. Sehr allgemein und zugleich eingengt heißt es, dass die Grundlagen des Sozialstaates durch die „politisch Verantwortlichen zerstört“ würden. Die heutige hohe Arbeitslosigkeit wird ausschließlich der Politik der etablierten Parteien zugeordnet. Sehr knapp, aber letztlich ähnlich dem PDS-Text stellt das WASG-Programm fest, dass die neoliberale Politik Arbeitslosigkeit steigert, wirtschaftliche Entwicklung blockiert, Staatsverschuldung erhöht und die Sozialkassen aushöhlt.<sup>15</sup>

Dieser Focus auf neoliberale Politik, der die Ursachen für nahezu alle wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der Welt zugesprochen werden, ist letztlich in beiden Programmen ähnlich, wenn auch in sehr unterschiedlicher Länge und Ausführlichkeit bei der Darstellung. Die WASG verzichtet generell auf eine klassische „Kapitalismusanalyse“ und auf die Analyse der gegenwärtigen Weltprobleme, wie sie in der PDS auch schon im Programm von 1994 vorgenommen wur-

den und die in der Tradition dieser Partei begründet liegen.

Von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, aber auch von anderen Parteien und in der etablierten politischen und wissenschaftlichen Debatte werden vor allem die Globalisierung, der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft, die Knappheit der natürlichen Ressourcen (Grüne), neue Technologien und Lebensweisen sowie neuartige Kriegsherde (Zerfall von Staaten) und der Terrorismus als neue Herausforderungen beschrieben.

Sowohl im Programm der PDS wie der WASG werden solche „neuen Herausforderungen“ nicht genannt. SPD und Grüne sehen in der Globalisierung sowohl Gefahren als auch Chancen. Sie wollen die Globalisierung positiv gestalten. Die Grünen üben Kritik an der gegenwärtigen Art und Weise, wie die Globalisierung erfolgt.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Die SPD schreibt: „Globalisierung ist inzwischen zum Schlüsselbegriff für die Erklärung vieler Entwicklungen und Probleme geworden – für neue Chancen gegenseitiger kultureller Bereicherung und politischer Zusammenarbeit, aber auch für zunehmende soziale Ungleichheiten global, national oder lokal, bis zum Machtverlust der Politik gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen oder ökonomischen Interessen. Der Prozess der Globalisierung prägt immer stärker den Rahmen unserer Handlungsspielräume.“ Es wird sogar eine „Grundlagenkrise des Politischen“ gesehen. Staat und demokratische Institutionen würden so an Gestaltungsmacht verlieren. Ein Schlüsselbegriff lautet „Weltordnungspolitik“. Vgl. Tradition und Fortschritt, Start der Programmdebatte, Hrsg. SPD-Parteivorstand, Berlin 2005, S.35.

Bündnis90/Die Grünen behandeln in ihrem Programm die neuen Herausforderungen ausführlich in einem eigenen Abschnitt. Neben der Globalisierung werden genannt: ökologische Herausforderung, Individualisierung, neue Informationstechnologien, Bio- und Gentechnologie, demografischer Wandel, Migration, Veränderung im Geschlechterverhältnis. „Wir wollen nicht von Sachzwängen überrollt werden, sondern verschiedene Entwicklungspfade beschreiben... Deswegen üben wir Kritik an einer Wirtschaftsweise, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen irreversibel vorantreibt. Der Profit von heute kann so zur ökologischen Schuldenlast von morgen werden.“ Zur Globalisierung heißt es u. a.: „Das Ergebnis der

---

<sup>14</sup> PDS-Programm, II.2, S. 6.

<sup>15</sup> Vgl. WASG-Gründungsprogramm, S. 3-5.

Speziell in der neuen Programmdebatte der SPD 2004/2005 wird ein anschlussfähiger strategischer Ansatz sozialdemokratischer Politik an die neuen globalen Herausforderungen angemahnt. „Weil grundlegende Güter wie soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, saubere Umwelt oder finanzielle Stabilität zunehmend globale Güter sind, ist eine Wirtschaftsverfassung, die öffentliche Güter fördert, auch von den globalen Erfordernissen her geboten und eine Antwort auf die Probleme des Shareholder-Value-Kapitalismus.“<sup>17</sup> Ähnlich wie bei den Grünen wird formuliert, dass es in einer Epoche beschleunigter Globalisierung vorrangig um die Bedingungen für die Wiedergewinnung des Vorrangs demokratischer Gestaltungsmacht gehe. Die grundlegende Frage sei, wie dem Auseinanderdriften von ökonomischer Dynamik und demokratischer Gestaltungsfähigkeit begegnet werden könne.<sup>18</sup>

Die PDS hingegen meint viel radikaler, dass ein „neuer Totalitarismus der globalen Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen“ entstanden sei.<sup>19</sup> In der Logik einer solchen Betrachtung liegt, dass eine „positive Gestaltung“ der Globalisierung kaum möglich

---

weltweiten Verbindung von Handel und Finanzmärkten ist eine Spaltung der Welt. Mit der globalen Verflechtung von Märkten und Informationen wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, innergesellschaftlich und vor allem weltweit... Deshalb ist Widerstand gegen diese Globalisierung richtig und notwendig. Zu einer weltweiten Wende und Kurskorrektur zu kommen, gehört zu den großen Herausforderungen und Aufgaben der Politik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Die Lücke zwischen ökonomischer Globalisierung und der mangelnden politischen Steuerung und Einbettung dieses Prozesses ist zu schließen.“ Vgl. Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen, S. 10/11.

<sup>17</sup> Tradition und Fortschritt, Start der Programmdebatte, hrsg. SPD-Vorstand, Berlin, Januar 2005, S. 41.

<sup>18</sup> Grundlagen unserer Politik, Impulse für das neue Grundsatzprogramm der SPD, Berichterstatter Gesine Schwan und Wolfgang Thierse, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin, Dezember 2004, S. 7.

<sup>19</sup> PDS-Programm, S. 7.

sein dürfte, sondern nur Kampf dagegen. An anderer Stelle im Programm wird das auch so geschrieben. Die WASG meint, dass die Politikerinnen und Politiker sich durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und den schrankenlosen Freihandel selbst entmachtet hätten. In dieser absoluten Formulierung erübrigt sich die Frage nach der demokratischen Gestaltungsmacht von Politik. Der weltweite unumschränkte Handel mit Waren und Dienstleistungen ermögliche die Ausbeutung der Arbeitskräfte der ärmsten Länder zugunsten der Gewinnmaximierung der internationalen Konzerne und das gegeneinander Auspielen mit den Beschäftigten in den Industriestaaten.<sup>20</sup> Auch hier scheint positive Gestaltungsmöglichkeit der Globalisierung nicht Gegenstand von Überlegungen zu sein. Im Gegenteil, als Schlussfolgerung läge nahe, dass die Globalisierung wieder zurückgenommen werden müsse.

Ähnlich verhält es sich mit einigen anderen eingangs genannten Herausforderungen. Zum veränderten Altersaufbau wird im generell-analytischen Teil überhaupt nicht Stellung genommen. Die WASG wendet sich dagegen, dass die Globalisierung, die höhere Lebenserwartung der Menschen und die Staatverschuldung zu Einschnitten in das soziale Netz und zu niedrigen Löhnen zwingen würden. Auch bei der Friedenssicherung werden sowohl von der WASG wie von der PDS keine neuen Herausforderungen formuliert. Alles ist auf den neuen Imperialismus oder aufs internationale Kapital zurückzuführen. (Näheres dazu im Teil „internationale Politik“)

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Programme von PDS und WASG lassen offen, ob sie die Globalisierung, den Altersaufbau der Gesellschaft, die hohe Staatverschuldung und andere Probleme als „neue Herausforderungen“ anerkennen oder nicht und inwieweit sie hier Chancen und Gestaltungsspielräume sehen. In diesem Bereich sind die programmatischen Aussagen in sich nicht immer schlüssig.

---

<sup>20</sup> Siehe WASG-Gründungsprogramm, S. 4.

### 3. Parteicharakter

In der Präambel stellt sich die PDS in die Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, ökologische Zerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherischer Kriege. In einem ausführlichen Abschnitt setzt sich die Partei mit ihrer Geschichte auseinander. Sie beruft sich auf die antimilitaristischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Gleichzeitig grenzt sie sich von der SED ab.<sup>21</sup> Es gibt zudem einen einschätzenden Abschnitt zur DDR, der mit der spezifischen Geschichte der PDS zusammenhängt.

Vertreter der WASG fordern, dass „in der neuen Partei die Auseinandersetzung um die Geschichte der politischen Linken – aller Strömungen und Fraktionen – und ihrer Irrtümer einen Stellenwert haben muss... Eine gemeinsame politische Formation der demokratischen Linken eröffnet eben auch das Terrain der Geschichtsinterpretation neu. Eine neue Linksformation hat nur Zukunft, wenn sie sich beständig all ihrer historischen Wurzeln versichert.“<sup>22</sup>

Die PDS sieht sich an der Seite der sozialen Bewegungen gegen Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Die Erfolge der emanzipatorischen Bewegungen sollen verteidigt und die kapitalistische Profitdominanz überwunden werden. Als wichtigstes politisches Ziel formuliert die PDS, ihren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa zu leisten. Die soziale Basis sieht die Partei in einem Mitte-Unten-Bündnis, das aber kompliziert um-

---

<sup>21</sup> Die SED „war weder fähig noch bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher auch schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und Verbrechen...Es gibt keinen noch so ehrenwerten Zweck, der die Verletzung grundlegender Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze rechtfertigen könnte.“ PDS-Programm, S. 20.

<sup>22</sup> Joachim Bischoff, Murat Cakir, Thomas Händel, Björn Radke, Alltagsbewusstsein, gesellschaftliches Klima und die Strategie der WASG, <http://www.w-asg.de/1057.98.html>.

geschrieben wird.<sup>23</sup> Die PDS setzt sich das Ziel, die geistige und politische Hegemonie der neoliberalen Ideologie und Politik in Deutschland und in der Europäischen Union zu überwinden. Sie strebt an, ein eigenständiges selbstbewusstes politisches Projekt zu etablieren. Langfristig will die Partei aber an einem (politischen) Mitte-Links-Bündnis mitwirken. Politische Verantwortung könne man sowohl in der Opposition wie in Regierungsbeteiligungen übernehmen.<sup>24</sup> Schließlich sieht sich die PDS als pluralistische Partei, die Minderheitenrechte gewährt.

Die WASG formuliert im Gegensatz zur PDS ihr Selbstverständnis recht knapp. Es gibt keinen Bezug zu historischen Wurzeln (z. B. Arbeiterbewegung). Sie versteht sich als „Sammlungsbewegung für Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft. Uns führt das gemeinsame Anliegen für eine gerechtere Gesellschaft zusammen... Unsere Einheit beruht auf gemeinsamen Interessen und Zielen.“<sup>25</sup> Die PDS will auch Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, im Sinne ihres Programms zu wirken. Hier gibt es keinen Dissens. Die WASG begreift sich als „Opposition gegen die herrschende, neoliberal

---

<sup>23</sup> Wörtlich heißt es hier: „Die soziale Basis eines solchen Bündnisses sehen wir in der Verbindung der Interessen der Menschen, die durch die herrschende Politik in soziale Unsicherheit und Verarmung gedrängt werden, mit denen, die sozial besser gestellt sind, sich aber mit massenhafter sozialer Ausgrenzung in der Gesellschaft nicht abfinden wollen, überhaupt mit all jenen, die sich für eine gerechte Gesellschaft als Bedingung eines selbstbestimmten Lebens einsetzen.“ PDS-Programm, S. 21.

<sup>24</sup> Hier geht das Programm direkt auf die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ein. Dort sei unter schwierigen Bedingungen Politikfähigkeit bewiesen worden. Bei extremen Haushaltsdefiziten müsse ständig zwischen unterschiedlichen Interessen verschiedener sozialer Gruppen und Organisationen abgewogen werden. Dies verlange ein Höchstmaß an Transparenz der zu entscheidenden Probleme und der Beteiligung von Betroffenen an den Entscheidungen. (ebenda)

<sup>25</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 27.

bestimmte Politik. An einer Regierung in Land und Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt.“<sup>26</sup> Diese Formulierung kann unterschiedlich – auch fundamentalistisch - gedeutet werden. Ähnlich der PDS aber will sie die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse verändern. Den Ausgangspunkt für eine andere Politik sieht die WASG auch in vielfältigen Aktivitäten von Initiativen und Bewegungen, Gewerkschaften und Sozialverbänden, Frauenorganisationen, kirchlichen und globalisierungskritischen Gruppen, Umweltverbänden und anderen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die PDS begreift sich als sozialistische Partei, die einen starken Bezug zur Arbeiterbewegung und anderer emanzipatorischer Bewegungen formuliert. Die WASG definiert sich mehr oder weniger geschichtslos als Sammlungsbewegung gegen die neoliberale Politik in Deutschland. Hierin liegt der wichtigste Unterschied im Selbstverständnis beider Parteien. Bei den anderen wichtigen Fragen wie den Bezug zu den aktuellen demokratischen und sozialen Bewegungen, Opposition und Regierungsbeteiligungen, Protest und Gestaltung, der Notwendigkeit das gesellschaftliche wie politische Kräfteverhältnis zu verändern, dominiert ein ähnliches Herangehen. Hier liegen Unterschiede oder Differenzierungen letztlich auch innerhalb der beiden Parteien, die durch jeweilige Formelkompromisse überdeckt werden.

Mit dem Berliner Programm stellte sich die SPD erneut in die Tradition der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung und formuliert einen historisch angelegten Teil im Programm. Im Jahre 1998 wurde das Programm mit dem Blick auf die deutsche Einheit geändert und das Scheitern des Kommunismus konstatiert.<sup>27</sup> Die geis-

---

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Unter anderen heißt es hier: „Das Ende des kommunistischen Weltsystems ermöglichte die Verwirklichung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts in der DDR und schließlich die Beendigung der staatlichen Teilung Deutschlands durch die freie Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger der DDR.“. Im Folgenden werden dann die ostdeutschen Sozial-

tigen Wurzeln sieht die SPD in diesem Programm im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in der Marxschen Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Auch die Ideen der Frauenbewegung werden genannt. Im Gegensatz zur heutigen SPD-Politik stehen die Programmaussagen zur Reformpolitik: „Reformpolitik setzt auf Hoffnung. Wo sogar das Bewahrenswerte nur durch Reform zu retten ist, wird Reformarbeit zur einzig verantwortbaren Politik. Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen. Der Kern dieses Bündnisses bleibt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften...Wir brauchen ein breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derer zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen oder politischen Macht zugute kommt.“<sup>28</sup>

Bündnis 90/Die Grünen sehen sich nicht mehr als die „Anti-Parteien-Partei, sondern als die „Alternative im Parteiensystem“. Die Partei habe sich zu einer Reformpartei entwickelt und im Verein mit gesellschaftlichen Akteuren habe man die ökologische Verantwortung, erweiterte demokratische Teilhabe aller, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Akzeptanz von Minderheiten, Öffnung gegenüber kultureller Vielfalt vorangebracht. Mit dem Eintreten für die Quotierung sei auch die politische Kultur bereichert. Den Grünen gehe es um die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Sehr allgemein heißt es, dass für die Grünen „zur Erreichung des grundlegenden gesellschaftlichen Wandels... auch weiterhin viele Kämpfe auszufechten sein werden“.<sup>29</sup>

Insgesamt beziehen sich SPD und PDS auf die Traditionen der Arbeiterbewegung, auf die Aufklärung, auf das Gedankengut von Marx und Engels. Die Formulierungen

---

demokraten gewürdigt. Vgl. SPD-Programm, S. 9/10.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 53.

<sup>29</sup> Grundsatzprogramm Bündnis90/Die Grünen, S. 14.

zum Kommunismus und zur DDR sind naturgemäß völlig anders, im Kern aber bei beiden Parteien auch auf Demokratie ausgerichtet. Das trifft sich mit der WASG, die aber – wie die Grünen – keinen Bezug zur Arbeiterbewegung, zur Aufklärung und zu Marx herstellt. Den Bezug zu demokratischen und sozialen Bewegungen formu-

lieren alle betrachteten Parteien. SPD, Grüne und WASG setzen auf eine Reformstrategie zur Veränderung der Gesellschaft, wenn auch die WASG mit anderen Vorzeichen. Hier gibt es einen Unterschied zur PDS, die – mit Reformen und zugleich darüber hinaus gehend – eine Transformationsstrategie verfolgt.

### III. Komparative Analyse einzelner Politikfelder

#### 1. Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik

##### *Wirtschaftspolitik*

Im PDS-Programm finden sich ausführliche Passagen zur „Eigentumsfrage“, die einen ausgeprägten Kompromisscharakter tragen.<sup>30</sup> Konkret wird einerseits die Bewahrung des öffentlichen Eigentums und deren Ausweitung gefordert. Andererseits wird im gleichen Abschnitt der Übergang staatlichen Eigentums in die Verfügung anderer Träger unterstützt, „wenn diese wirtschaftlich effektiv und auf sozial und ökologisch orientierte Weise zusammenwirken und die Verfügungsmacht im Interesse des Gemeinwohls gestärkt wird“.<sup>31</sup>

Die WASG tritt auch für die Bewahrung öffentlichen Eigentums ein. Sie formuliert darüber hinaus: „Wo die Durchsetzung demokratisch festgestellter öffentlicher Interessen es erfordert, sind strukturbe-

stimmende Unternehmen so zu vergesellschaften, dass private Eigentümerinteressen diesen öffentlichen Interessen nicht mehr im Wege stehen.“<sup>32</sup> Auch diese Formulierung lässt vieles offen. Ob hier Verstaatlichung gemeint ist oder nicht, wird nicht deutlich. Wir haben es in beiden Programmen mit mehr oder weniger traditionellen Vorstellungen zu tun, die jedoch zumindest in ihrer gescheiterten Form (Staatseigentum) nicht direkt vertreten werden. Allerdings forderte die WASG kurz vor den Bundestagswahlen sogar „die Rückführung der privatisierten Bereiche in öffentliches Eigentum“.<sup>33</sup> Insgesamt bleiben die „Vergesellschaftungsforderungen“ eher ein theoretisches Konstrukt. Direkte Konsequenzen für die praktische Politik (wer oder was soll wie vergesellschaftet werden) werden nicht entfaltet. Offenbar sehen beide Parteien – und hier stärker die WASG – in der „Vergesellschaftung“ strukturbestimmender Unternehmen einen Schlüssel für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes.<sup>34</sup> Das schließt die Orientierung auf eine dominant nationalstaatliche Regulierung der Wirtschaft ein.

Die PDS und die WASG befürworten qualitatives Wirtschaftswachstum. Die PDS schränkt dabei ein, dass die „bisherige Entwicklungsweise“ die Umwelt zerstöre und die Lebens- und Konsumweisen de-

---

<sup>30</sup> Dies hängt mit dem Bemühen zusammen, nebeneinander bestehende gegensätzliche Positionen aus dem Programm von 1994 aufzulösen. Nunmehr heißt es: „Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage sozialistischer Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen... Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im umfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.“ PDS-Programm, S. 4.

<sup>31</sup> Ebenda.

---

<sup>32</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 18.

<sup>33</sup> Für einen radikalen Politikwechsel! Linkspartei wählen! WASG stärken!, in: [www.w-asg.de](http://www.w-asg.de) vom 13.09.2005 Kategorie Politik, Positionen.

<sup>34</sup> Offen bleibt hier auch, was in der modernen Wissensgesellschaft „strukturbestimmende Unternehmen“ sind.

formiere. Dies wird von der WASG nicht so weitgehend formuliert. Die PDS will zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit die Massenkaukraft stärken und lehnt jedwede Absenkung von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialtransfers als wirtschafts- und gesellschaftsschädigend ab. Sie fordert die Einführung von Mindestlöhnen und unterstützt gewerkschaftliche Auseinandersetzungen für Lohnerhöhungen. Auch ein „zukunftsorientiertes Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur“ sei in konjunkturschwachen Zeiten geeignet, den Binnenmarkt zu stabilisieren. Konzentrations- und Fusionsprozesse in der Wirtschaft seien streng zu kontrollieren und Monopolmacht spürbar zu beschränken.<sup>35</sup> In der Haushaltspolitik setzt sich die PDS für die Verringerung von Defiziten mittel- und langfristig ein und sieht den Ausweg hier vor allem in höheren Staatseinnahmen. „Der enorme Schuldendienst engt den staatlichen Handlungsspielraum extrem ein – wer auch immer ihn nutzen will.“<sup>36</sup> Die PDS verweist auf international operierende Konzerne und Großakteure auf den internationalen Finanzmärkten, auf die EU-Ebene, auf der viele Entscheidungen fallen und konstatiert letztlich, dass die Linke im internationalen Maßstab noch nicht zu erfolgreichen Gegenstrategien gefunden habe.

Die wirtschaftspolitischen Grundaussagen der WASG sind einfach: Die Probleme könnten nur gelöst werden, wenn der Staat seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung wieder gerecht werde. Die WASG setzt nach wie vor auf nationalstaatliche Steuerung ökonomischer Prozesse. Vor allem favorisiert die Partei ein großes öffentliches Investitionsprogramm. Die öffentlichen Investitionen müssten mindestens verdoppelt werden. Ausdrücklich sieht die WASG in dem weit reichenden Investitionsprogramm „den zentralen Ansatzpunkt einer alternativen Wirt-

---

<sup>35</sup> Außerdem wird der Biotechnologie und Gentechnik viel Platz eingeräumt und die Patentierung von Genen kompromisslos abgelehnt. Auch zur Agrarwirtschaft gibt es ausführliche Passagen, die von der WASG nicht thematisiert wird. Vgl. PDS-Programm, S. 13.

<sup>36</sup> PDS-Programm, S. 12.

schaftspolitik“.<sup>37</sup> Gleichzeitig fordert sie mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Die WASG spricht sich dazu für eine höhere Staatsverschuldung aus. Zur Finanzierung des Zukunftsinvestitionsprogramms sei „nur“ (!) in wirtschaftlichen Schwächephasen kurzfristig eine höhere Kreditaufnahme nötig. Die WASG verweist auch auf „hohe Selbstfinanzierungseffekte“ durch mehr Beschäftigung. Hier wird der reale Verlauf einer ständig höheren Verschuldung seit den 70er Jahren ebenso ausgeblendet wie die Gefahr eines „Strohfeuers“. Auch die strukturellen Probleme in der Wirtschaft spielen offenbar keine Rolle, die durch ein breit gestreutes Investitionsprogramm nicht gelöst werden. Die Internationalisierung bleibt ausgeblendet. Neben einem umfangreichen staatlichen Investitionsprogramm und mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst sieht die WASG die dritte Säule ihrer Wirtschaftspolitik in der Stärkung der Binnennachfrage bzw. der Massenkaukraft.

Zusammenfassung: Die wirtschaftspolitischen Aussagen bei PDS und WASG gehen zunächst in eine ähnliche Richtung: Massenkaukraft und Binnennachfrage stärken, Mindestlöhne einführen<sup>38</sup>, ein öffentliches Investitionsprogramm auflegen. Unterschiede gibt es vor allem in der Finanzierungs- und Verschuldungsfrage. Letzteres sieht die PDS, nicht aber die WASG als Problem. Zieht man das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS 2005 mit heran, dann soll ein Zukunftsinvestitionsprogramm „den Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft fördern“ (Investitionen vor allem in hochwertige Bildung und Erziehungseinrichtungen, in Wissenschaft und Forschung für zu-

---

<sup>37</sup> Vgl. WASG-Gründungsprogramm, S. 7.

<sup>38</sup> Die PDS plädiert in ihrem Wahlprogramm für einen Mindestlohn von 1.400 Euro brutto, die WASG in ihrem Gründungsprogramm für 1.500 Euro monatlich oder 9 Euro je Stunde. Vollzeitarbeit müsse ein Einkommen deutlich oberhalb des Existenzminimums sichern. „In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohnes liegen, sind diese Tarifverträge auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich zu erklären.“ WASG - Gründungsprogramm, S. 13.

kunftsfähige Technologien und Produkte, die Arbeitsplätze schaffen, in öffentliche Daseinsvorsorge und sozial-ökologischen Umbau).<sup>39</sup> Bei der WASG handelt es sich mehr um ein „klassisches“ Investitionsprogramm, das stärker Infrastruktur, einschließlich Verkehrsinfrastruktur, Bauwesen usw. einschließt und offenbar auch kurzfristiger (je nach Konjunkturlage) angelegt sein soll. Eine Differenz gibt es auch zum generellen Ausbau des öffentlichen Dienstes. Die PDS fordert das nicht. Im Gegenteil, sie baut aufgeblähte staatliche Bürokratien (Berlin) ab und tritt für mehr öffentlich geförderte Beschäftigung ein. Die Stärkung der „öffentlichen Güter“ verlangt nicht unbedingt mehr öffentlichen Dienst, auch freie Träger, Genossenschaften oder Selbständige (z. B. Pflege) können in diesem Bereich arbeiten.

#### *Steuerpolitik*

Beide Parteien fordern eine solidarische und gerechte Steuerpolitik. Die konkreten Forderungen gehen in eine ähnliche Richtung: hohe Einkommen und Vermögen stärker belasten, ihrer spekulativen Anlage entgegenwirken, Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen, (Wieder)Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Wiederbelebung der Vermögenssteuer, Reformierung der Erbschaftsteuer, Abschaffung des Ehegattensplittings, Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität und Flucht in Steueroasen verstärkt bekämpfen, das Aufkommen aus Unternehmenssteuern erhöhen, Aufhebung der Steuerbefreiung aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und Börsengewinnen, Tobinsteuer und anderes. Die PDS hat ein eigenes Steuerkonzept vorgelegt. Die WASG beruft sich auf das Konzept von ver.di und IG Metall. Hier gibt es zwar in Detailfragen Unterschiede, die Grundrichtung und die Hauptforderungen sind jedoch ähnlich. Die PDS geht in ihrem Steuerkonzept relativ realistisch von Mehreinnahmen in Höhe von 64 Mrd. Euro aus, die WASG sogar von 80 Mrd. Euro jährlich.

SPD und Grüne haben in der Steuerpolitik eine andere Linie verfolgt, die durch die

Entlastung aller Steuerzahler mit mindestens absoluten Vorteilen für Mehrverdiener und Unternehmen gekennzeichnet war und zu hohen Einnahmeausfällen für den Staat geführt hat ohne die erhofften Wachstumsziele zu erreichen. Korrekturen wie die Reichensteuer der SPD sind oft nicht mehr als Symbolik. Gerade die Steuerpolitik ist ein sehr konkretes Politikfeld, bei dem die Unterschiede zwischen PDS und WASG einerseits und SPD sowie Grünen andererseits deutlich werden.

#### *Arbeitszeitpolitik*

Im PDS-Programm wird noch auf „flexible tarifliche Vereinbarungen zur generellen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und in der fernerer Perspektive auf die 30-Stunden-Woche orientiert. Gesetzlich soll die maximale wöchentliche Regelarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden. Im Wahlprogramm der PDS wird diese Aussage relativiert: „Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Versuch, Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren. Die fortschreitende Steigerung der Produktivität ermöglicht auch in Zukunft Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnverzicht. Solange dies nicht durchsetzbar ist, muss zumindest für Beschäftigte in den unteren Lohngruppen ein voller Lohnausgleich gewährleistet werden.“<sup>40</sup> Darüber hinaus fordert die PDS in ihrem Wahlprogramm eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik, Teilzeitbeschäftigung soll vollwertig sozial abgesichert werden.

Während die Linkspartei.PDS nur auf Arbeitszeitverkürzungen orientiert, wendet sich die WASG angesichts der dabei real auftretenden Probleme zunächst gegen Arbeitszeitverlängerungen. Darüber hinaus tritt sie aber auch für Arbeitszeitverkürzungen ein, fordert die 35-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit in allen Wirtschaftsbereichen und Regionen, insbesondere in Ostdeutschland. Ebenfalls wird die 30-Stunden-Woche als langfristiges Ziel angestrebt. Bei diesen Formulierungen fehlt

---

<sup>39</sup> Vgl. Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 9.

---

<sup>40</sup> Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 10.

der Verweis auf vollen Lohnausgleich, zumindest für die unteren Einkommen.<sup>41</sup>

Wird im Berliner Programm noch auf die Verkürzung der Arbeitszeit und konkret auf die 30-Stunden-Woche in einem sechsstündigen Arbeitstag langfristig orientiert<sup>42</sup>, so setzt die SPD in der gegenwärtigen Programmdebatte auf eine „intelligente Arbeitszeitpolitik“ und Flexibilisierung, aber nicht auf eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit.<sup>43</sup> Ähnlich äußern sich die Grünen.

Im PDS-Programm heißt es, dass der freiwillige Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Weiterbildung und gesellschaftlichem Engagement und Phasen selbstbestimmter Kombination dieser unterschiedlichen Tätigkeiten wichtig sind.

#### *Arbeitsmarktpolitik*

Hier gibt es unterschiedliche Akzente und konträre Auffassungen zwischen PDS und WASG.

---

<sup>41</sup> Die WASG fordert hier auch noch verschiedene recht weitgehende Einzelmaßnahmen: Gesetzliche Regelungen zur Absicherung von Arbeitszeitkonten, insbesondere im Insolvenzfall, vorzeitigen Ruhestand (60 Jahre) für Schicht- und Nachtarbeiter ohne Rentenschmälerung, Arbeitsfreistellungen für Weiterbildung; Elternfreizeiten oder Beurlaubungen zur Pflege von Angehörigen sollen rentenrechtlich als reguläre Arbeitszeiten anerkannt werden. Diese und ähnliche Forderungen konzentrieren sich auf die Verbesserung der Situation bei den traditionellen Kern-Arbeitnehmerschichten.

Vgl. WASG-Gründungsprogramm, S. 12/13.

<sup>42</sup> SPD-Programm, S. 27/28.

<sup>43</sup> In einem Impulspapier „Zukunft der Arbeit“ formulieren Andrea Nahles und Harald Schwartau, dass der hergestellte Zusammenhang im Berliner Programm zwischen Produktionssteigerungen und notwendiger Arbeitszeitverkürzung als einem bzw. dem zentralen strategischen Instrument sozialdemokratischer Arbeitspolitik nicht festgehalten werden könne; die Strukturveränderungen der modernen Ökonomie aber auch die Ansprüche der Verbraucher und der Erwerbstätigen stünden dem schematischen Ziel „sechstündiger Arbeitstag in der Fünftagewoche“ entgegen. Vgl. Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin, Januar 2005, S. 14.

Die PDS legt den Focus auf öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren (ÖBS) zwischen Staat und Privatwirtschaft.<sup>44</sup> Genauere Aussagen über die Funktions- und Finanzierungsweise gibt es nicht. Allerdings geht das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS weiter. Durch Zusammenfassung der verschiedenen Mittel sollen statt AGL II plus Ein-Euro-Jobs alternativ reguläre Arbeitsplätze entstehen.<sup>45</sup> Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Außerdem soll für gering Qualifizierte ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm mit „zeitlich begrenzten Lohnsubventionen“ aufgelegt werden (Sozialbeiträge und Qualifizierungsaufwand).

Die WASG fordert die direkte Ausweitung öffentlich getragener und geförderter Beschäftigung. Der Schwerpunkt liegt hier auf dem Ausbau der regulären Stellen im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem, im Kulturbereich sowie in Justiz und Polizei. Zur Deckung des Bedarfs für diese öffentlichen Dienstleistungen müssten mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Daneben fordert die WASG verstärkt staatliche Unterstützung von Beschäftigungsmöglichkeiten in unabhängigen, nicht profitablen Initiativen an. Vor allem gering Qualifizierte und ältere Arbeitslose sollten im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors Beschäftigung bis zur Verrentung angeboten werden.<sup>46</sup>

Lohnnebenkosten und Schwarzarbeit spielen bei PDS und WASG keine Rolle, werden in der aktuellen Debatte vor allem von SPD und Grünen thematisiert. Außerdem heißt es, dass ein großer Teil der Unternehmen und Beschäftigten den Spielregeln der internationalen Finanzmärkte und wirtschaftlichen Kurzfristen denken unterliege. Eine auf Nachhaltigkeit, Wohlstand und

---

<sup>44</sup> Vgl. PDS-Programm, S. 15.

<sup>45</sup> Dazu ausführlich im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 8.

<sup>46</sup> Vgl. WASG-Gründungsprogramm, S. 9/10.

Beschäftigung ausgerichtete Politik müsse dieser Kurzfristigkeit Grenzen setzen. Der internationale Wettbewerb auf den der Globalisierung ausgesetzten Produkt- und Dienstleistungsmärkten und damit der Kostendruck nehmen zu. Politik müsse deshalb der Verlagerung von industriellen Arbeitsplätzen entgegenwirken, soweit dies nicht Dumping oder dauerhafte Subventionen zur Folge habe.<sup>47</sup>

## 2. Ostdeutschland und andere strukturschwache Gebiete

Die Aussagen zu Ostdeutschland gehen in beiden Programmen in die gleiche Richtung, sind aber nicht deckungsgleich. Die PDS ist hier ausführlicher. Die Zukunftsfähigkeit Ostdeutschlands könne nicht als Niedriglohngebiet erreicht werden. Sie müsse auf Innovation beruhen, unterstützt durch einen Bundesfonds für soziale, ökologische und kulturelle Gemeinschaftsaufgaben. Bürgerhaushalte und regionale Leitbilder müssten entstehen, darauf könnten Länderentwicklungsprogramme aufgebaut werden. Die im Solidarpakt II nach 2010 vorgesehenen Investitionen im Rahmen des Aufbauprogramms Ost sollten weitgehend auf den Zeitraum bis 2010 vorgezogen und durch effektive Wirtschaftsförderung und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik gebündelt, koordiniert und wirksamer eingesetzt werden. Gefordert wird im PDS-Programm gestärkte Massennachfrage durch Angleichung von Löhnen, Gehältern, Arbeitszeit und Renten an den westdeutschen Standard. Besonders wichtig für Ostdeutschland sei die Verbesserung der kommunalen Investitionsfähigkeit durch bessere Finanzausstattung.

Wie die WASG geht auch das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS von Ostdeutschland *und* den strukturschwachen Gebieten im Westen aus und fordert hier einen Neuanfang. Gefordert wird nicht mehr das Vorziehen der Investitionsmittel. Strukturschwache Länder wie die ostdeutschen brauchten weiterhin ein Förderinstrument wie die Gemeinschaftsaufgabe

---

<sup>47</sup> Vgl. Andrea Nahles/Harald Schartau, Eine neue Politik der Arbeit, a. a. O., S. 2.

„Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in modernisierter Form. Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Die Mittel sollten gezielter zur Förderung wissenschaftlicher Produktion eingesetzt werden können. Existenzgründer müssten von überzogenen bürokratischen Auflagen befreit werden. Die Regionen sollten selbst entscheiden, wofür sie die Mittel verwenden. Gefordert wird auch eine leitbildbezogene Regionalplanung. Im Wahlprogramm wird auch deutlich auf eine neue Art von Industrie- und Strukturpolitik orientiert.<sup>48</sup>

Die WASG meint, dass ihre vorgeschlagenen Investitionsprogramme vor allem in strukturschwachen Regionen die Entwicklung fördern sollen. Offenbar ist das für den Osten zusätzlich zu den Fördermitteln Aufbau Ost vorgesehen. Spezifische Defizite in Ostdeutschland etwa in der Infrastruktur müssten durch spezielle Förderprogramme abgebaut werden. Ein besonderer Schwerpunkt des Investitionsprogramms soll offenbar auf der Infrastruktur liegen. Hier gibt es einen Unterschied zur PDS, die das in ihrem Wahlprogramm nicht mehr als Schwerpunkt ansieht, sondern Investitionen vor allem in Bildung und Innovation befürwortet. Die WASG will an konkreten Schwachpunkten der Industrie ansetzen und insbesondere Unternehmenskooperationen, Forschung und Entwicklung, Marktzugänge, Arbeitsorganisation, Qualifizierungsprogramme und Produktinnovationen fördern. Hier gibt es wieder Übereinstimmung mit der PDS. Gemeinsamkeiten mit der PDS bestehen auch bei der Forderung, dass eine zielgerichtete Förderung der Neuen Länder und strukturschwacher Regionen in ein Gesamtkonzept eingebunden sein müsse.<sup>49</sup> Eine spezifische Forderung der Linkspartei.PDS ist, die Ostdeutschen stärker an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen. Insgesamt aber gibt es bei beiden Parteien viele Einzelforderungen auf ökonomischem Ge-

---

<sup>48</sup> Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 17/18.

<sup>49</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 8/9.

biet, die noch nicht zu einer spezifisch linken Wirtschaftskonzeption für Ostdeutschland und strukturschwache Gebiete zusammengebunden sind, die eine weit reichende Veränderung der Situation bringen würde.

### 3. Soziale Sicherungssysteme

Insbesondere in diesem Bereich gibt es große Übereinstimmungen zwischen PDS-Zielen und der WASG. Das trifft auf die Rücknahme von Hartz IV, Grundsicherung, auf die Überlegungen zu Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung und auf die Besserstellung von Behinderten zu.

#### *Rücknahme von Hartz IV/Grundsicherung*

Beide Parteien gehen in eine ähnliche Richtung: Die Ablehnung unzumutbarer Arbeitsbedingungen darf nicht zum Verlust des Leistungsanspruchs führen; kein Zwang zur Arbeit! Während die WASG die Ersetzung der bisherigen Arbeitslosenhilfe durch das ALG II generell ablehnt, findet sich diese Forderung im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS nicht. Sie will Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und das ALG II auf mindestens 420 Euro erhöhen. Höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung und eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten soll es geben. Die Linkspartei stellt das Problem in einem Zusammenhang mit der Grundsicherung.

Die WASG hingegen fordert die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gestaffelt nach Beitragsjahren und die Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe, die am früheren Einkommen ansetzt und die durch erheblich großzügigere Regelungen zur Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen gekennzeichnet sein müsse. Die Linkspartei will ohnehin mit der Grundsicherung ein Individualrecht verankern. Die WASG fordert ebenfalls eine gesetzliche Mindestsicherung. Die Einmalbeihilfen in besonderen Fällen sollen fortgeführt werden.

Neben den deutlich werdenden Gemeinsamkeiten im Herangehen gibt es somit auch Unterschiede. Sie liegen vor allem darin begründet, dass für die Linkspartei.PDS eine angemessene bedarfsorien-

tierte Grundsicherung gleichermaßen für alle wichtig ist und die WASG den Schwerpunkt auf die Arbeitnehmerschichten legt, die bisher lange gearbeitet und einen höheren Lebensstandard erreicht haben. Für die WASG ist deshalb auch besonders wichtig, dass sich die Höhe des Unterstützungsanspruchs bei der Arbeitslosenversicherung nach der Höhe der eingezahlten Beiträge richtet.

#### *Kranken- und Pflegeversicherung*

Bei der Krankenversicherung sind die Positionen nahezu identisch: Beide Parteien wollen eine Bürgerversicherung (Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und aller Einkommen, Aufhebung der Versicherungspflicht- und Erhöhung Beitragsbemessungsgrenze, die Arbeitgeber müssen paritätisch die Hälfte der lohnbezogenen Beiträge zahlen und dürfen nicht einseitig entlastet werden). Die PDS will die Bruttowertschöpfungsabgabe, die WASG sieht das als eine „Möglichkeit“.<sup>50</sup>

Bei der Bürgerversicherung gibt es im Grundsatz auch starke Gemeinsamkeiten mit SPD und Grünen, wenn auch beispielsweise nicht unbedingt bei der Beibehaltung der Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen.

Gleich sind auch die Orientierungen von PDS und WASG auf bessere Qualität der medizinischen Versorgung, auf mehr Zusammenarbeit von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten, Positivliste u. ä. Insgesamt orientieren beide auf mehr Solidarität, Demokratisierung, Stärkung der Selbstverwaltung, Ausbau der Vorbeugung, letztlich auf die solidarische Erneuerung des Gesundheitswesens. Auch bei der Pflege soll es eine Bürgerversicherung geben.

#### *Rente*

Beide Parteien gehen im Grundsatz davon aus, dass das heutige gesetzliche Rentensystem eine Zukunft hat. Probleme gebe es durch die hohe Arbeitslosigkeit

---

<sup>50</sup> Die WASG fordert außerdem explizit die Rücknahme von Leistungsausgrenzungen und Zuzahlungen.

und durch zu geringe Bruttolöhne.<sup>51</sup> Die WASG sieht im demografischen Faktor allenfalls ein zukünftiges Problem. Die PDS behauptet in ihrem Programm, dass mit der solidarischen Ausgestaltung statt Privatisierung die gesetzliche Rentenversicherung den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht werden und den Folgen der Umbrüche in der Arbeitswelt begegnen kann. Flexible Anwartschaften und Renten mit Grundbetrag seien geeignet, die Risiken unsteter Erwerbsverläufe auszugleichen.<sup>52</sup> Von beiden Parteien werden Rentenkürzungen, das Heraufsetzen der Altersgrenze für den Renteneintritt oder der Nachhaltigkeitsfaktor abgelehnt. Die PDS will die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umwandeln, in die „in einem längeren Prozess Angehörige aller Berufsgruppen, Freiberufler, Selbständige, Abgeordnete und auch Beamtinnen und Beamte“ einbezogen werden müssten, „ohne dass individuell bereits erworbene Ansprüche verfallen“.<sup>53</sup> Nahezu identisch ist hier die Position der WASG.<sup>54</sup> Ähnlich sind auch die Forderungen nach einer Mindestrente. Die Linkspartei.PDS fordert hier 800 Euro, die WASG nennt keine konkrete Summe, will eine solche Mindestrente aus Steuermitteln finanzieren. Auch das Prinzip einer paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung (die Hälfte durch die Arbeitgeber) soll beibehalten werden. Der betrieblichen Altersversorgung messen beide einen hohen Stellenwert bei.<sup>55</sup> Eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge könne höchstens eine er-

<sup>51</sup> Eine relativ schnelle Senkung der Arbeitslosigkeit und gleichzeitig starke Lohnerhöhungen durchsetzen zu können, ist eine tiefe Illusion. Deshalb bleiben die großen finanziellen Probleme in der Rentenversicherung bestehen.

<sup>52</sup> Vgl. PDS-Programm, S. 16.

<sup>53</sup> Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 11/12.

<sup>54</sup> Vgl. WASG-Gründungsprogramm, S. 15.

<sup>55</sup> Die WASG wird hier genauer. An der zusätzlichen betrieblichen Altersversorgung müssten sich auch die Arbeitgeber beteiligen. „Zusätzlich kann eine an der betrieblichen Wertschöpfung orientierte Abgabe sinnvoll sein, um die lohnbezogenen Beiträge in Grenzen zu halten.“ Ebenda, S. 15/16.

gänzende Rolle zur Verbesserung des Lebensstandards spielen. Die WASG sieht in der weiteren Erhöhung der Beitragssätze offenbar kein Problem, denn sie meint, dass ein Beitragssatz von 22 Prozent kein Dogma sein könne. Die PDS äußert sich hierzu nicht. Die Linkspartei.PDS stellt einige Forderungen auf, die bei der WASG nicht zu finden sind. Es handelt sich hier vor allem um drei Punkte:

1. Höhere Einkommen sollen in größerem Umfang für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen werden, ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen. (Die mehr einzahlen, bekommen relativ weniger Rente ausgezahlt – mehr Solidarprinzip statt Äquivalenzprinzip).
2. Die noch bestehenden Benachteiligungen ostdeutscher Rentner müssen aufgehoben werden.
3. Erziehung der Kinder und Pflege sind stärker bei der Rente anzurechnen. Darüber hinaus soll die Rentenentwicklung „im Gleichschritt mit dem Nettolohnzuwachs erfolgen“.<sup>56</sup> Wie sich das im Falle einer negativen Nettolohnentwicklung verhalten soll, wird nicht gesagt. Die Linkspartei.PDS geht insgesamt davon aus, dass der bisherige hohe Anteil von Steuermitteln für das Rentensystem auch in Zukunft erhalten werden müsse. Die WASG sieht offenbar überhaupt keine Finanzierungsprobleme. Sie will sogar am Prinzip einer Rente festhalten, „die den Lebensstandard erhält“.<sup>57</sup>

Insgesamt gehen beide Parteien davon aus, dass das bisherige gesetzliche Rentensystem eine Zukunft hat, wenn man es nur auch auf Selbständige, Freiberufler und Freiberuflerinnen sowie Beamtinnen und Beamte ausdehnt. Die weitere Erhöhung der Beiträge und der anhaltend hohe Anteil von Steuermitteln an der Sicherung des Systems ist offenbar für beide Parteien kein Problem.

Für SPD und Grüne hingegen spielt die Beitragsstabilität zur Rentenversicherung (Senkung der Lohnzusatzkosten) eine

<sup>56</sup> Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 11/12.

<sup>57</sup> Offizielles Kurzprogramm der WASG, S. 8.

wichtige Rolle. Die SPD stellt die Frage nach dem Aufbau einer obligatorischen kapitalgedeckten Zusatzversorgung für alle Bürger. Außerdem soll ihrer Ansicht nach die eigenständige Alterssicherung von Frauen u. a. durch die rentenrechtlich höhere Bewertung von Teilzeitbeschäftigung, Kindererziehung sowie Pflege gestärkt werden. Ein Versorgungssystem, das die Nichterwerbstätigkeit von Frauen fördert, sei weder sinnvoll noch auf Dauer finanzierbar.<sup>58</sup> Die Grünen gehen davon aus, dass der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft dazu führe, die Frage der Generationengerechtigkeit besonders für die Altersvorsorge neu zu stellen. Nur eine Kombination aus gesetzlicher Rentenversicherung und privater Vorsorge könne die Beitragsstabilität und gleichzeitig die Altersvorsorge gewährleisten.

#### 4. Ökologischer Umbau

Die Präambel des PDS-Programms sieht in den Profitinteressen der mächtigsten Teile des Kapitals Ursachen einer weltweiten Krise des Ökosystems. Alternativ wird auf einen anderen Wachstumstyp orientiert, der Umwelt nicht zerstört.<sup>59</sup> Zu den Zielen zählt das Programm deshalb eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft.<sup>60</sup> Ökologische Ideen für Technologiepolitik, umweltgerechte Regulation und Förderung entsprechender Unternehmen durchziehen auch den wirtschaftspolitischen Teil des Programms. Schließlich widmet die PDS einen eigenständigen Abschnitt der Umweltthematik. Prinzipiell soll der Rohstoff- und Energieverbrauch durch die Steuer- und Abgabenpolitik reguliert werden. Ziele sind dabei die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen und des Verbrauchs nichterneuerbarer Rohstoffe. Die Linkspartei.PDS zielt auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft und sieht

hierbei einen Zusammenhang zwischen Frieden, sozialen Fragen und der Umweltproblematik. Für den Wandel sind regionale Stoff- und Energiekreisläufe, Energieeinsparung, eine neue Verkehrspolitik und Strukturplanung und die solare Energiewende Schlüsselbegriffe. Schneller als bislang unter Rotgrün vorgesehen solle der Ausstieg aus der Atomenergie erfolgen.<sup>61</sup> In Bezug auf Biotechnologie und Gentechnik plädiert die PDS für intensive gesellschaftliche Debatten und Risikofolgenforschungen.<sup>62</sup>

In ähnlicher Weise beschreibt das WASG-Programm eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise, die auf ressourcensparenden technischen Innovationen beruht und Wachstum von steigendem Verbrauch natürlicher Ressourcen entkoppelt. Dazu seien Energieeinsparung, verringerte Verkehrsströme, Solar- und Chemiewende, beschleunigter Atomausstieg sowie ökologische Abfallkreiswirtschaft und Regionalisierungsstrategien notwendig. Über Steuern sollen der Ressourcenverbrauch belastet und regenerative Techniken gefördert werden. Zusätzlich soll ein staatlich finanziertes ökologisch ausgerichtetes Zukunftsinvestitionsprogramm den Wandel befördern und damit Arbeitsplätze schaffen. Staatliche Unterstützung wird von der WASG auch für Forschungsprojekte zur Technikfolgeabschätzung und zur Markteinführung von regenerativen Energiesystemen gefordert. Um diese Politik abzustützen, sei anders als bei der PDS nach Auffassung der WASG eine Vergesellschaftung der Netze vorzusehen. Weitere Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen werden abgelehnt. Der Staat müsse Mehrheitseigner der Bahn bleiben.<sup>63</sup> Die Ökologisierung der Landwirtschaft will die WASG mit veränderten Kriterien für die Subventionen unterstützen. Keine Rede ist hier allerdings von der Problematik, dass diese Subventionen und Schutzzölle einen fairen Welthandel für zahlreiche Entwicklungsländer verhindern. Schließlich plädiert das Programm für die Stärkung von Verbraucherschutzorganisa-

---

<sup>58</sup> Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gesellschaft, Impulse für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, Berichterstatter Andrea Nahles, Karl-Hermann Haack, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin, Januar 2005, S.12.

<sup>59</sup> PDS-Programm, S. 2

<sup>60</sup> ebenda, S. 3

---

<sup>61</sup> ebenda, S. 14

<sup>62</sup> ebenda, S. 13

<sup>63</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 22/23

tionen. Die WASG sieht angesichts der Überproduktion keinen Sinn in der Nutzung der Gentechnik und lehnt die Einführung genmanipulierter Lebensmittel ab.<sup>64</sup>

In fast allen Forderungen und Zielstellungen zum ökologischen Umbau stimmen PDS und WASG überein. Die WASG setzt nur mehr auf staatliche Interventionen und finanzstarke Förderprogramme. Die Idee, soziale Fragen mit der ökologischen Wende zu verbinden und Arbeitsplätze mit ökologisch orientierten Zukunftsinvestitionen zu schaffen, wird von beiden Parteien hervorgehoben. Inwieweit Vorstellungen zur Sonnenenergie als zentralem Energieträger der Zukunft und zur Kostenbelastung von Kohle bei der WASG-nahen Wählerzielgruppe der Arbeitnehmer im nordrhein-westfälischen Bergbau wirklich Gestalt annehmen können, soll hier nicht beurteilt werden.

Die aktuelle SPD-Programmdebatte greift das Thema Ökologie in Verbindung mit sozial verantwortlichem Wirtschaften auf. Ausgehend von der Erkenntnis, dass sich gegenwärtig ökologische Krisen verschärfen und globale Zusammenhänge bilden, soll ein Wandel hin zu qualitativem Wachstum erreicht werden. Schlüsselbegriff ist dabei Nachhaltigkeit, die durch eine Effizienzrevolution beim Energie- und Ressourceneinsatz, durch schonende und möglichst kreislaufgeführte Materialwirtschaft erzielt werden soll. Dabei könne die ökologische Finanzreform ein geeignetes Lenkungsinstrument sein.<sup>65</sup>

Im Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen nimmt die Umweltpolitik im umfassenden gesellschaftlichen Sinne breiten Raum ein. Entsprechend ihren Traditionen, Bezügen zur Umweltbewegung und dem entwickelten Profil werden hier am umfangreichsten und detailliertesten Aussagen zu verschiedenen Problemen der Umweltpolitik gemacht und direkte Bezüge zu den wirtschaftlichen Entwick-

lungen hergestellt. Für die Grünen ist Ökologie heute Langzeit-Ökonomie. Nach dem von der Arbeiterbewegung durchgesetzten sozialen Ordnungsrahmen für den Markt gelte es nun, einen ökologischen Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft zu installieren.<sup>66</sup> In zwei Hauptkapiteln werden die Themen Aufbruch ins ökologische Zeitalter und Aufbruch in eine ökologische und soziale Marktwirtschaft entfaltet. Von zentraler Bedeutung ist auch hier der Nachhaltigkeitsbegriff, der auf erhöhte Ressourceneffizienz und -einsparung zielt. Zukunft hätten vor allem erneuerbare solare und dezentrale Energieträger wie Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme, Wasserkraft, Meeresenergie.

Gemessen an den Zielen der Nachhaltigkeit, der Verbindung sozialer und wirtschaftlicher Fragen mit der Umweltproblematik ergeben sich auf der programmatischen Ebene keine nennenswerten Differenzen zwischen den Ansätzen der hier behandelten Parteien.

## 5. Bildung, Wissenschaft und Hochschulen

Sowohl PDS als auch WASG meinen, dass eine demokratische Bildungsreform die Basis ist, um „gleiche Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten für alle zu sichern, unabhängig von der sozialen Lage des Einzelnen.“<sup>67</sup> Nur wer die sozial gleichen Möglichkeiten hat, sich zu bilden, kann an den Kulturgütern teilhaben und seine Lebens- und Leistungschancen selbst bestimmt steigern. Es gilt jede Diskriminierung aufgrund sozialer, ethischer, kultureller, religiöser, geschlechtlicher, körperlicher oder geistiger Verschiedenheit zu bekämpfen.

### *Vorschule, Schule und Ausbildung*

Um Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, ist für WASG und Linkspartei.PDS eine tief greifende Reform des Bildungssystems notwendig. Diese Reform umfasst im Pro-

---

<sup>64</sup> Ebenda, S. 24

<sup>65</sup> Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften, Impulse für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, Berichterstatter Wolfgang Clement, Michael Müller und Margit Conrad, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin, Januar 2005, S. 8/9

---

<sup>66</sup> Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen, S. 18

<sup>67</sup> PDS-Programm S. 16

gramm der PDS<sup>68</sup> folgende Grundsätze: Bereits in der frühen Kindheit muss Bildung in den Kindertagesstätten und der Vorschule mehr gefördert werden. Diese Förderung für jedes Kind ist nur durch gebührenfreien Zugang zu vorschulischen Einrichtungen zu gewährleisten. Um die frühzeitige Auslese zu verhindern ist eine individuelle Förderung jedes Kindes notwendig. Die derzeit herrschende Ausgrenzung durch das dreigliedrige Schulsystem muss mit der Einführung integrativer Gemeinschaftsschulen durchbrochen werden, um möglichst langes gemeinsames Lernen zu erreichen. Da die Schule als Ort des Lebens und Lernens aufgefasst wird, werden Ganztagschulen sowie kleinere Klassen und Gruppen gefordert. Da immer noch viel zu wenige Kinder aus einkommensschwachen Familien studieren können, muss deren Anteil an der gymnasialen Stufe und in der Universität deutlich gesteigert werden. WASG und PDS sind nicht der Meinung, dass eine Verbesserung der schulischen und hochschulischen Landschaft durch Privatisierungen möglich ist. Diese Form der Finanzierung wird eindeutig abgelehnt. Nach der Schule muss jedem und jeder Schulabgängerin ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen. Wenn Betriebe nicht ausbilden, obwohl sie es könnten, müssten sie zahlen, eine Umlagefinanzierung der beruflichen Ausbildung<sup>69</sup> ist dringend notwendig. Dem schließt sich die WASG weitestgehend an und ergänzt, dass für gute Bildungsqualität alle Bildungseinrichtungen fachlich und personell besser ausgestattet werden.

#### *Hochschulen und Wissenschaft*

Im Bereich der Hochschulen und der Wissenschaft haben WASG und Linkspartei.PDS gleiche Ansätze. Damit Deutschland ein sozial gerechtes und wirtschaftlich starkes Land bleibt, müssen die Hochschulen und die Wissenschaft stärker als bisher gefördert werden. Dies bedeutet vor allem eine finanzielle Stärkung und Unterstützung sowie mehr und gerade weibliches Bildungspersonal. Das Studium ist ein wichtiger Baustein hin zu einer umfas-

senden Entwicklung der Menschen, Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Potential. Damit alle Menschen, die das möchten, studieren können, fordern die Linkspartei.PDS und die WASG ein kostenfreies Hochschulstudium einschließlich einer freien und kostenlosen Verfügung über Lehrmittel. Beide Parteien sprechen sich auch für eine Entwicklung der Forschung weg von der bloßen Verstärkung des wirtschaftlichen Vorankommens hin zur stärkeren Bearbeitung von Forschungsfeldern, die gesamtgesellschaftliche Problemlösungsansätze bilden, aus. Dazu müssten human- und geisteswissenschaftliche Fächer ausgebaut und nicht zurückgedrängt werden. Um diese Forderungen erfüllen zu können ist eine stärkere Autonomie und Selbstbestimmung, eine Demokratisierung innerhalb der Hochschulen und Wissenschaft dringend erforderlich.

#### *Wissen und Information*

Die WASG äußert sich in ihrem Gründungsprogramm noch ausführlicher als die Linkspartei.PDS zur Demokratisierung von Wissen und Information. Um allen Menschen eine gesamtgesellschaftliche Teilhabe für gemeinnützige und politische Tätigkeiten, in der Bildung und Wissenschaft, zu ermöglichen, müssen Information und medienvermittelte Kommunikation frei zugänglich sein<sup>70</sup>. Damit private Nutzerinnen und Nutzer Verwendungs- und Innovationsmöglichkeiten haben, müssen Software und deren Codes frei zugänglich sein (Open Source). Die Patentierung von Software lehnt die WASG ab, weil damit eine Beschränkung der Weiterentwicklung und Weitergabe einhergeht. Für die Linkspartei.PDS ist der freie Zugang zu Information und Wissen Lebenschance und Möglichkeit, sich zu bilden und mit den Künsten wie Medien umzugehen. Um lebenslanges Lernen zu gewährleisten, muss sichergestellt werden, dass es ausreichende und qualitativ hochwertige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, nicht nur für Arbeitnehmerinnen, gibt. Neben dem von der WASG und .PDS geforderten Weiterbildungsgesetz<sup>71</sup> setzt letztere außer-

---

<sup>68</sup> Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 14

<sup>69</sup> WASG-Wahlprogramm S. 10; Wahlprogramm der Linkspartei.PDS, S. 17

---

<sup>70</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 21; Programm der Linkspartei.PDS, S.18

<sup>71</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 20;

dem auf Tarifvereinbarungen und Weiterbildungsfonds.

Auch die Sozialdemokraten und die Grünen räumen der Bildung einen hohen Stellenwert ein. Die Aussagen zu Bildung, Hochschulen, Wissenschaft und Information sind in den Programmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen umfassend. Inhaltlich gehen deren Forderungen nicht über die von PDS und WASG hinaus.

Die Aussagen von PDS und WASG auf Bundesebene werden allerdings durch die Länderverantwortung für Bildungsfragen und die konkrete Umsetzung in den Regierungskoalitionen relativiert. Auch ist die Finanzierung aller gestellten Forderungen noch immer ein nicht gelöstes Problem.

## 6. Lebensweise, Individualität und Kultur

Die PDS sieht in der Flexibilisierung und Individualisierung Grundprozesse der modernen Gesellschaften und eine Herausforderung an die Linke. Es gebe folgenden grundlegenden Widerspruch: „Dem Zwang, das gesamte Leben an schnell verwertbarer Leistung zu orientieren, steht das Bedürfnis vieler Menschen gegenüber, eigenen Lebensvorstellungen nachzugehen.“<sup>72</sup> Die Hauptantwort der Partei lautet: „Die private Monopolisierung dieser Reichtümer widerspricht ihrem Wesen als öffentliche Güter. Nur wenn kultureller Reichtum allgemein zugänglich ist, kann er auch produktiv entwickelt und genutzt werden.“<sup>73</sup> Deshalb fordert die PDS, dass der Markt als Mittler zwischen kultureller Produktion und Aneignung einer Regulation bedarf, die die Profitinteressen und die Konzentrationsprozesse in der Kultur- und Medienwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit einschränkt. Weitergehende Antworten auf die oben genannten Grundprozesse werden bei den konkreten politischen Projekten kaum gegeben. Das Programm wendet sich gegen die Verrohung der politischen Kultur durch Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegenüber andern Lebensweisen. Die PDS wendet

sich gegen jede Form der Diskriminierung von Lesben und Schwulen. (Demokratieteil) Im Abschnitt „Arbeit“ sieht sie vor allem bei den öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren (ÖBS) „in besonderem Maße Raum... für sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit und neue Lebensweisen“.<sup>74</sup>

Lebensweise, Individualität und Kultur sind keine Themen im Gründungsprogramm der WASG. Sie fokussiert die Demokratisierung von Wissen, Information und Medien. „Politische und gesellschaftliche Prozesse müssen unabhängig von der Einflussnahme finanzkräftiger und mächtiger Interessengruppen für alle Menschen transparent und verständlich gemacht werden.“<sup>75</sup> Solche Aussagen werden auch im PDS-Programm getroffen.

Die PDS entwickelt noch weitere Positionen für den Bereich Kultur und Kunst. So tritt sie für eine zeitgemäße Fortentwicklung des kooperativen Kulturföderalismus im europäischen Rahmen ein. Die Kommunen müssten auch aus kulturpolitischen Gründen finanziell besser gestellt werden. Die kulturelle Infrastruktur müsse in Ostdeutschland erhalten und ausgebaut werden. „Weil Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, will die PDS die eigenen Welten der Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen.“<sup>76</sup>

Auch die SPD widmet in ihrer Programmdebatte großes Augenmerk auf das kulturelle Leben. „An der Bewahrung und Bereitstellung der hervorragenden öffentlichen Güter Bildung und Kultur haben alle Bürger ein gemeinsames Interesse – auch um den Herausforderungen von Informationsflut, Beschleunigung von Wissen und Wirtschaft, der Ökonomisierung des Lebens Stabilisatoren unserer Kultur entge-

---

<sup>72</sup> PDS-Programm, S. 6.

<sup>73</sup> Ebenda.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>75</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 22. Die WASG fordert weiterhin, die öffentlich-rechtlichen Medien zu stärken, auch durch eine Finanzierung aus Steuermitteln. Private Medienmacht und Konzentration sind schärfer zu begrenzen und zu kontrollieren. Vgl. ebenda. Die Forderungen der Linkspartei gehen in eine ähnliche Richtung.

<sup>76</sup> PDS-Programm, S. 18.

genzusetzen.“<sup>77</sup> Es dürfe nicht Aufgabe demokratischer Politik sein, bestimmte kulturelle Inhalte als staatliche Leitkultur zu definieren und durchzusetzen. „Wie Bildung ist Kultur ein elementares öffentliches Gut, das darüber entscheidet, wie selbständig, reflexiv und kreativ die Einzelnen in der Gesellschaft agieren können. Die kulturpolitische Ermöglichung und Förderung von Kunst und Kultur ist für Staat und Zivilgesellschaft gemeinsame gesellschaftliche Pflichtaufgabe.“<sup>78</sup>

Die Grünen widmen einen eigenen Abschnitt der Kultur. Hier werden die Dimensionen Kultur und Selbstbestimmung, Kultur und Demokratie, Kulturförderung als öffentlicher Auftrag, Kultur der Stadt – Kultur im ländlichen Raum, kulturelles Erbe und Kultur in Europa – Kulturen der Welt ausführlich behandelt.<sup>79</sup> Daneben gehen die Grünen grundsätzlich auf den Zusammenhang von Ökologie und Lebensstil ein. „Nachhaltige Entwicklung wird nur gelingen, wenn möglichst viele Menschen in ihrer jeweiligen Verantwortung und ihrem jeweiligen Handlungsbereich sich daran orientieren.“<sup>80</sup> Nachhaltige Konsummuster und Lebensstile könnten zwar nicht konkret vorgeschrieben werden, aber Erziehung, Bildung und Ausbildung sowie der private und öffentliche Diskurs könnten dazu beitragen, dass Menschen im Sinne nachhaltiger Entwicklung verantwortlich handeln können. Eine solche Dimension über die Schuldzuweisung an das große Kapital hinaus findet sich weder bei der PDS noch bei der WASG.

Zum Problemkreis „Lebensweise“ gehört auch die Familienpolitik. Diese existiert programmatisch weder bei der PDS noch bei der WASG. Zumindest für die PDS trifft zu, dass „Familienpolitik“ von einem großen Teil der politischen Exponentinnen als

überholt angesehen und generell abgelehnt wird. Es finden sich deshalb nur Versatzstücke in den Programmen beider Parteien bei Kinderbetreuung, Kindergeld, Erwerbsarbeit für Frauen, Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare usw. Eine programmatische Positionierung steht hier noch aus.

Die Grünen haben das Problem in spezifischer Weise unter dem Gesichtspunkt einer kinderfreundlichen Gesellschaft abgehandelt und dazu ein Schlüsselprojekt formuliert.<sup>81</sup> In einem besonderen Abschnitt „Familien- und Lebensgemeinschaften“ formulierte die SPD in ihrem Berliner Programm, dass alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit hätten. Keine dürfe diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht. Familie wird als Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern definiert. „Dem Solidarverband Familie darf nicht aufgebürdet werden, was Aufgabe des Sozialstaates ist.“<sup>82</sup> Staat und Gemeinden hätten die Pflicht, die materiellen Belastungen der Familie wenigstens teilweise auszugleichen, Benachteiligungen abzubauen und besondere Hilfen für Alleinerziehende, Familien mit Kindern und mit pflegebedürftigen Angehörigen bereitzustellen. Allerdings scheint die Aussage, dass Familien- und andere Lebensgemeinschaften für die persönliche Entfaltung jedes Menschen unabdingbar seien, nicht dem erreichten Stand der Individualisierung zu entsprechen.<sup>83</sup>

## 7. Demokratie und Staatsverständnis

Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen. Dazu müssten zivilgesellschaftliche Kräfte mehr Einfluss gewinnen und neue gesellschaftliche Regulationsmechanismen entwickeln.<sup>84</sup> Diese grundsätzliche Sicht prägt das Demokratieverständnis in der programmatischen Zielbeschreibung

---

<sup>77</sup> Kulturelles Leben, Bildung, Wissenschaft, Kultur. Berichterstatter Wolfgang Thierse und Edelgard Bulmahn, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin Dezember 2004, S. 4.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>79</sup> Vgl. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, S. 72-75.

<sup>80</sup> Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen, S. 19.

---

<sup>81</sup> Vgl. ebenda, Kapitel V „Kindergerecht – mehr Lebensqualität für alle!“, S. 46-50.

<sup>82</sup> SPD-Programm, S. 22.

<sup>83</sup> Ebenda.

<sup>84</sup> PDS-Programm, S. 3

der PDS. Der Weg zum Sozialismus sei die Demokratisierung der Gesellschaft. In Abgrenzung zu neuen Herrschafts- und Unterdrückungsformen und zu stalinistischen Deformierungen in der Geschichte werden als Mittel nur noch gewaltfreie und demokratische Auseinandersetzungen gesehen. Auch orientiert die Partei auf das Parlament, ringt dort um mehr Einfluss, und will die eigene Politik im Dialog mit Betroffenen entwickeln.<sup>85</sup> Programmatisch bindet die PDS mit ihrem Leitbegriff demokratischer Sozialismus ihre gesellschaftliche Vision Sozialismus eindeutig und eng an Demokratie. Im spezifischen Demokratieabschnitt des Programms werden antidemokratische Tendenzen in der Gegenwart diagnostiziert. In einem dualistischen Bild erscheinen Bürgerinteressen gegen Verwertungsinteressen von Konzernen. Deshalb setzt sich die PDS für unbeschränkte öffentliche Informationsmöglichkeiten aller als Grundvoraussetzung der Demokratie und für mehr Mitwirkungsrechte ein. Dazu sei eine konsequente Dezentralisierung ebenso notwendig wie Formen bürgernaher Entscheidungsprozesse, etwa Volksentscheide auf Bundes- und EU-Ebene mit niedrigen Einstiegsquoren. Es gelte, Bürgerkommunen zu erreichen, partizipative Haushaltspolitik zu organisieren und wirtschaftliche Entscheidungen unter öffentlicher Beteiligung zu treffen.<sup>86</sup> Die Gleichstellung von Mann und Frau und von Menschen mit Behinderungen, Minderheitenrechte und Engagement gegen Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus gehörten ebenso zur Demokratie.

In engem Zusammenhang damit steht das Staatsverständnis der PDS, die sich als Bürgerrechtspartei profilieren will. Als Staatsaufgaben werden der Schutz vor krimineller Gewalt und vor allem die Rahmensetzung für sozialökologische Orientierungen der Wirtschaft gesehen.<sup>87</sup> Der Staat soll Monopolbildung verhindern, mit der Zivilgesellschaft Verantwortung für die Entwicklung Ostdeutschlands tragen und finanzielle wie rechtliche Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung sichern.

---

<sup>85</sup> Ebenda, S. 4

<sup>86</sup> Ebenda, S. 10

<sup>87</sup> Ebenda, S. 12

Zugleich müsste die Autonomie der Hochschulen gegenüber dem Staat gesichert bleiben. Auch müsse der Staat in Religionsfragen neutral bleiben. Die PDS wendet sich – bei Anerkennung der Notwendigkeit zum Verringern der Haushaltsdefizite – gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge.<sup>88</sup>

Auch die WASG sieht in Demokratie eine grundsätzliche Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.<sup>89</sup> In den Leitlinien ist die Thematik untergliedert in die Bereiche Grundrechte, Demokratisierung der Wirtschaft, Geschlechterdemokratie und Einwanderung. Der Staat hat für die WASG einen zentralen Stellenwert, zum einen als Wirtschaftsfaktor und zum anderen als sozial orientierter Verteilungsmechanismus. Eine Stärkung des Sozialstaates und entsprechende Umverteilung soll die Massenkaukraft erhöhen und so zu Wachstum, Produktionssteigerung und mehr Beschäftigung führen. Zusätzlich werden mehr Staatsinvestitionen, ein Ausbau des öffentlichen Sektors, bedarfsgerechte öffentliche Dienstleistungen und eine Beschränkung der Macht des Kapitals gefordert. Dem gegenüber kritisiert die WASG die derzeitige Unterfinanzierung und Armut des Staates infolge des organisierten internationalen Steuerwettlaufs nach unten. Die damit entstehende scheinbare Ohnmacht der Staaten würden Politikverdrossenheit und Wählerzulauf zu rechtsextremen Parteien erzeugen und so eine Gefahr für die Demokratie darstellen.<sup>90</sup>

PDS und Linkspartei stellen Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie an. Auch hier gibt es einige Aussagen, die bei beiden Parteien ebenso verschwommen sind wie bei der „Vergesellschaftungsfrage“. So heißt es bei der WASG: „Die durchgreifende Demokratisierung der Wirtschaft ist Ziel und Bedingung für einen nachhaltigen Politikwechsel im Sinne einer systematischen Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Umweltgefährdungen.“<sup>91</sup> Am

---

<sup>88</sup> Ebenda, S. 15

<sup>89</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 2

<sup>90</sup> Ebenda, S. 4

<sup>91</sup> Ebenda.

klarsten sind hier die Forderungen nach Erhaltung und Ausbau der Mitbestimmungs- wie der Arbeitnehmerrechte in beiden Programmen.<sup>92</sup> Ausführliche Betrachtungen zur Wirtschaftsdemokratie gibt es im Berliner Programm der SPD, die aber in der aktuellen Debatte dieser Partei teilweise als überholt angesehen werden. Eine zeitgemäße Bestimmung von Wirtschaftsdemokratie, in der der erreichte Stand der Internationalisierung der Wirtschaft erfasst wird, steht überall noch aus.

Im Kern zeigt sich eine Übereinstimmung bei Linkspartei.PDS und WASG in dem Engagement zur Demokratisierung, in der Ablehnung weiterer Privatisierungen insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge, in der Frage der Umverteilung zur Erhöhung der Staatseinnahmen und in der Wertschätzung der sozialstaatlichen Regulationsfunktion des Staates. Auch fügen sich die Ideen für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und für den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen zusammen. Beide Parteien sehen im Staat einen wichtigen wirtschaftspolitischen Akteur und befürworten ein staatliches Investitionsprogramm. In der Frage der Erhaltung und Ausweitung von Mitbestimmungsrechten von Beschäftigten und Gewerkschaften sowie Möglichkeiten für Volksentscheide gibt es Übereinstimmung. Die WASG geht hier noch weiter und fordert das Recht zum politischen Streik und zum Generalstreik.<sup>93</sup> Unterschiede gibt es in der differenzierten Betrachtungsweise weiterer Übertragung von Staatsaufgaben an zivilgesellschaftliche oder privatwirtschaftlich arbeitende Akteure. Die WASG hat deutlich weitreichender Vorstellungen von der Höhe des staatlich zu finanzierenden Investitionsprogramms, orientiert anders als die Linkspartei.PDS direkt auf einen massiven Ausbau des Öffentlichen Dienstes und sieht in der Frage der Haushaltskonsolidierung überhaupt kein Thema.

---

<sup>92</sup> Aber auch hier bleibt unklar, was konkret unter der Forderung nach Mitwirkung und Mitbestimmung der Gewerkschaften und Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbänden „auf allen Ebenen der Wirtschaftspolitik“ zu verstehen ist. Vgl. Ebenda, S. 17.

<sup>93</sup> Ebenda, S. 17

Die SPD sieht - ohne nennenswerte Änderungen zum Berliner Programm von 1989 – in der aktuellen Programmdebatte den Staat weiterhin als Garanten für Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Hinzugefügt und höher gewichtet scheint allerdings die Definition des aktivierenden Staates, die mit Bezug zu den sozialen Leistungskürzungen der vergangenen Jahre als Legitimationshintergrund eingefügt wird. Die SPD verweist auf die verringerten Handlungsmöglichkeiten des Staates unter Bedingungen der Globalisierung und der größeren Bedeutung internationaler Organisationen für die Bewältigung der interdependenten Problemlagen. Sie will – im Gegensatz zu WASG-Vorstellungen – nur so viel (Versorgungs-) Staat wie nötig zulassen. Zwar solle der Staat stark und durchsetzungsfähig bei Aufgaben im allgemeinen Interesse sein, aber solle bürgerschaftliches Engagement der Zivilgesellschaft höher bewertet und gefördert werden.<sup>94</sup> Die Achse verschiebt sich – bei bleibender Verknüpfung – so doch erkennbar weg vom Staat hin zu einer demokratisch agierenden starken Zivilgesellschaft. Großen Wert legt die SPD auch auf moderne Wirtschaftsdemokratie, die sich durch Mitbestimmung, Tarifautonomie und Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen auszeichnet.

Bündnis 90/Die Grünen plädieren ebenfalls für ausgebauten Mitbesitz und Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern in Betrieben.<sup>95</sup> Möglichkeiten zur demokratischen Beteiligung seinen grundsätzlich die zentrale Gerechtigkeitsfrage, setzen jedoch Selbstbestimmung und freien Informationszugang voraus. Als ein Schlüsselprojekt der Partei im Bereich der Demokratieentwicklung gilt die multikulturelle Einwanderungsgesellschaft.<sup>96</sup> Bündnis 90/ Die Grünen treten für eine alternative Drogenpolitik ohne generelle Strafverfolgung der Konsumenten ein, wollen die Medien-

---

<sup>94</sup> Demokratie in Staat und Gesellschaft. Berichterstatter Ute Vogt, Klaus Uwe Benneter, Hans Eichel, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin Februar 2005, S. 1ff.

<sup>95</sup> Grundsatzprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen, S. 85

<sup>96</sup> Ebenda, S. 81

kompetenz von Nutzern erhöhen, publizistische Vielfalt erhalten und mit dem Kartellrecht zu hohe Medienmachtkonzentration verhindern. Mit Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge heißt es, der Staat müsse diese nicht alle anbieten, jedoch gewährleisten. Schließlich plädieren sie – ähnlich der PDS – für eine Renaissance der Kommunalpolitik in einem dezentralen föderalistischen System.

## 8. Ausländerinnen- und Migrantinnenpolitik

Die PDS und die WASG begreifen die Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland, in welchem gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen gelten müssen. Sie setzen bei den Zielen ihrer Ausländerinnen- und Migrantinnenpolitik hauptsächlich auf eine aktive Integrations- und Zuwanderungspolitik. Diese beinhaltet die strikte Ablehnung von Sonder- und Zwangsgesetzen wie dem Asylbewerberleistungsgesetz, der Residenzpflicht oder der Abschiebehaft. Menschenrechtliche Standards in der Asyl- und Migrationspolitik müssen EU-weit vertreten werden. Das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl ist ein wesentlicher Kernpunkt bei PDS und WASG. Allerdings geht die PDS mit ihrer Forderung nach offenen Grenzen Deutschlands und der EU „für Menschen in Not“ wesentlich weiter als die WASG.

In einer demokratischen Gesellschaft haben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz. Um dies zu gewährleisten, setzen beide Parteien einerseits auf die Unterstützung von Bündnissen zur Bekämpfung der extremen Rechten sowie auf eine bessere Aufklärung über Rassismus, Xenophobie und Antisemitismus, andererseits auf eine über Sprachkurse hinausgehende Integration von Flüchtlingen und Einwanderinnen. Dazu gehört die Forderung seitens der WASG und der PDS nach einer vielfältig-kulturellen Gesellschaft, in welcher Tradition, Sprache und Kultur der jeweiligen ethnischen Gruppe akzeptiert und protegirt werden müssen. Jedem längerfristig in Deutschland lebendem Menschen müssen Sozialleistungen, gleiche Rechte aber auch Pflichten zustehen. Um dies zu verwirklichen wollen PDS und WASG die Regelungen

im Antidiskriminierungsgesetz weiter ausbauen, ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht und die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft schaffen.

Die SPD setzt, entgegen ihrem früheren Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen, welche Deutschland als Einwanderungsland begreifen, auf eine Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen (Begrenzung von Einwanderung)<sup>97</sup>. Auch für Bündnis 90/Die Grünen und SPD ist die Integration von Ausländern wichtig. Allerdings sollen sich nach dem Willen der Grünen in erster Linie Arbeitsmigranten und -migrantinnen längerfristig in Deutschland aufhalten können. Auch die Sozialdemokraten steuern einer völligen Gleichberechtigung von Ausländern entgegen, indem sie ihnen nur das kommunale Wahlrecht zugestehen wollen. In unterschiedlichen Akzentsetzungen erläutern SPD und Grüne, sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus engagieren zu wollen. Aus menschenrechtlicher Sicht ist es sehr bedenklich, dass sich weder SPD noch Bündnis 90/Die Grünen<sup>98</sup> in ihren Programmen gegen die Abschiebehaft aussprechen.

## 9. Gleichstellung und Feminismus

Sowohl PDS als auch WASG meinen: „Die Gleichstellung [...] gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft.“<sup>99</sup> Beide Parteien erkennen die strukturelle, gesellschaftliche und politische Benachteiligung von Frauen an und erklären dies ändern zu wollen. Dazu fordern Linkspartei und WASG die Umverteilung von sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit, um Frauen aktiv zu fördern und sie vor Altersarmut besser zu schützen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist die Bedingung für eine gleichberechtigte Teilhabe in Beruf und Gesellschaft. Mit gesetzlichen Regelungen in der Privatwirt-

---

<sup>97</sup> Wahlmanifest der SPD, S. 48

<sup>98</sup> Vgl. Wahlprogramm 2005 von Bündnis 90/Die Grünen, S. 91

<sup>99</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 18; Linkspartei .PDS Wahlprogramm, S. 23

schaft und auf der Basis eines frauenspezifischen Antidiskriminierungsgesetzes wollen WASG und PDS gleiche Rechte für Frauen in der Gesellschaft und im Berufsleben durchsetzen. Darüber hinaus fordert die WASG – ebenso wie die Linkspartei.PDS – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für (gerade allein erziehende) Frauen und Männer und getrennte Kindererziehungszeiten. Die PDS ist weiterhin für eine komplette Streichung des Paragraphen 218; jede Frau soll das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft besitzen.

Die SPD wie auch die Grünen sehen Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema. Nicht nur in qualitativer, auch in quantitativer Hinsicht ist das Wahlprogramm der Grünen und teilweise das der Sozialdemokraten in Gleichstellungsfragen entwickelter. So gehen Bündnis 90/Die Grünen über Forderungen der Linkspartei.PDS und der WASG hinaus<sup>100</sup>. Sie fordern einen weiteren Ausbau von Frauenhäusern, die konsequente Befolgung des Gewaltschutzgesetzes sowie die exekutive Verfolgung von Zwangsheiraten, Ehrenmorden und weiblichen Genitalverstümmelungen. Fraglich ist, ob das von SPD und Grünen geschaffene Prostitutionsgesetz wirklich die Rechte der Frauen stärkt und Frauenhandel sowie Zwangsprostitution eindämmt. Sowohl PDS und die WASG als auch Bündnis90/Die Grünen fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Die Vorschläge der SPD, die sich nur marginal von den Grünen, der Linkspartei und der WASG unterscheiden, haben eine Spezifik. Sie stützen sich in ihrer Beurteilung und der Darstellung ihrer Ziele zu sehr auf die Förderung von Frauen mit Kindern. Frauen werden von der SPD generell als Menschen mit Kindern definiert<sup>101</sup>, dies ist in sich eine Diskriminierung, aber auch eine Fehleinschätzung bundesdeutscher Realität.

## 10. Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik

Für die PDS gehört die Friedenspolitik zu den identitätsstiftenden Politikfeldern. Sie versucht deshalb, mit großer Trennschärfe zu anderen Parteien eine Profilierung vor allem über grundsätzliche Aussagen. Damit wird auf den Zusammenhalt nach innen und auf mögliche Bündnispartner in der Friedensbewegung orientiert. Der zentrale Stellenwert der Friedenspolitik ist bereits an der formalen und inhaltlichen Einordnung im Programm zu erkennen. Von der Präambel über das Werte-/Zielkapitel und das Analysekapitel bis zur Beschreibung der Reformalternativen zieht sich die Friedensthematik durch den Text. In Anlehnung an imperialismustheoretische Ansätze wird ein Zusammenhang von neoliberaler Politik, Kriegen und dem Ringen der USA um Vorherrschaft in der Welt hergestellt.<sup>102</sup> Frieden steht konzeptionell im Kontext zu Gewaltfreiheit überhaupt. Das Zielkapitel proklamiert die Notwendigkeit von Prävention und wendet sich gegen Präventivkriege.<sup>103</sup> Die in Abschnitt Reformalternativen entwickelte Grundidee zielt darauf, einen Zustand gerechten Friedens durch Gewaltfreiheit zu erreichen. Militärbündnisse sollen überwunden, deshalb die NATO durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt werden. Es gelte, die Wurzeln von Kriegen zu bekämpfen, Konflikten vorzubeugen oder sie zivil zu lösen. Zugleich räumt das Programm vorsichtig ein, dass durchaus auch aus ethnischen oder religiösen Konflikten oder terroristischen Netzwerken Gefährdungen für den Weltfrieden herrühren können. Etwas abstrakt und plakativ wird als sozialistische Alternative auf diese Probleme eine Welt gleichberechtigter Staaten und Völker und weltumspannende zivile Sicherheit gezeichnet. Dem schließen sich Forderungen zur Reform und Stärkung der UNO, nach Einhaltung der UN-Charta und insbesondere des Gewaltverbots an. Zugleich betont das Programm, dass Völkerrecht zu stärken und dabei zu verhindern, dass die UN ihr –

---

<sup>100</sup> Bündnis 90/Die Grünen Wahlprogramm, S. 85f.

<sup>101</sup> SPD-Programm, S. 20-21

---

<sup>102</sup> PDS-Programm, S. 2.

<sup>103</sup> Ebenda, S. 4.

durch den Sicherheitsrat wahrgenommenes - alleiniges Recht zum Einsatz militärischer Sanktionsmittel nicht unter dem Druck der Großmächte einsetzen darf.<sup>104</sup> Diese Passage kann auch verklausulierte und sehr eingeschränkte Bestätigung des Rechts des Sicherheitsrates zum Beschluss über Sanktionen einschließlich militärischer Aspekte gemäß der Charta gelesen werden.

Operationell fordert das Programm die Einrichtung einer Bundesinstitution zur zivilen Konfliktlösung. Im Bereich der Abrüstung plädiert die PDS für das Verbot von Massenvernichtungswaffen und Rüstungsexporten und entsprechende Abrüstungsabkommen einschließlich Kontroll- und Sanktionsregimen. In einer eigenen – nicht mit der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts übereinstimmenden – Interpretation des Artikels 26 GG lehnt das PDS-Programm jegliche Einsätze der Bundeswehr nach Kapitel VII der UN-Charta im Ausland ab.

Leitidee der WASG ist eine soziale Gesellschaft, in der Demokratie als Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung gilt. Der mehr wirtschaftlich orientierte Zugang prägt auch die Friedenspolitik. So ist hier der Ausgangspunkt des WASG-Programms eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Die Kritik neoliberaler Globalisierung wird mit der Forderung nach Regulierungen – so für den internationalen Kapitalverkehr – verbunden. Auch die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen auf die versprochenen 0,7% des BIP steigen.<sup>105</sup> Institutionell werden zuerst die wirtschafts- und finanzpolitisch relevanten internationalen Organisationen WTO und IWF genannt, die es gegen neoliberale Politik zu reformieren gelte. Im einzigen Satz zur UNO fordert die WASG deren Stärkung und Reform. Grundsätzlich plädiert das Programm unter der – vom rotgrünen Koalitionsvertrag bekannten - Überschrift, Außenpolitik muss Friedenspolitik sein, gegen militärische Formen der Konfliktlösung. Es heißt aber auch ohne nähere Präzisierung, dass bei kriegerischen Auseinandersetzungen nur vom

Völkerrecht legitimierte Gremien entscheidungsbefugt seien. Zugleich müssten diese Gremien – gemeint ist wohl der UN-Sicherheitsrat – gegen Hegemonien gestärkt werden. In diesem Kontext spricht sich die WASG gegen den Umbau von NATO und Bundeswehr zu weltweit interventionsfähigen Akteuren, gegen die Militarisierung der EU und gegen Massenvernichtungswaffen aus.<sup>106</sup>

Im Vergleich zwischen PDS- und WASG-Programm sind keine unvereinbaren Positionen im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik zu erkennen. Beide sehen diesen Bereich begrifflich als Friedenspolitik an, legen ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde, wenden sich im Grundsatz gegen militärische Mittel bei der Konfliktlösung und plädieren für eine reformierte und stärkere UNO. Gemeinsam ist beiden die Idee des gerechten Friedens, der auf den Zusammenhang von Entwicklung und Frieden und damit auf die Bezugspunkte zur Globalisierung zielt. Beide kritisieren neoliberale Politik und sehen die Notwendigkeit zur alternativen Regulierung der Globalisierungsprozesse im Interesse einer sozialen und friedlichen Entwicklung. Einige Differenzierungen bestehen dennoch. Der PDS-Text scheint in zahlreichen konkreten Begriffen und Prinzipien vertiefter ausgearbeitet. Fragen des Multilateralismus, des Völkerrechts und der Rolle der UNO sind umfassender behandelt. Dagegen sieht die WASG die Thematik nur als eine von vielen an, die inhaltlich vor allem unter dem Blickwinkel des Sozialen und der Regulation der Globalisierung gesehen wird. Wenn weitere Linkspartei.PDS-Papiere einbezogen werden, so ist erkennbar, dass die strikte Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr hier stärker betont wird, die Beziehungen zu Russland und Frankreich einen höheren Stellenwert erhalten und ein mindestens als distanziert-kritisch zu bezeichnendes Verhältnis zu den USA entwickelt ist. Die Radikalität der PDS-Positionen ist aus dem WASG-Programm nicht abzuleiten, weil es hier offener gehalten ist und andere pragmatische, mehr sozialökonomisch orientierte Erwägungen eine Rolle spielen. Beide Programme zeichnen sich in den

---

<sup>104</sup> Ebenda, S. 11/12.

<sup>105</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 25

---

<sup>106</sup> Ebenda, S. 26/27

klassischen außen- und sicherheitspolitischen Fragen durch ein hohes Maß an Plakativem aus, sodass zu konkreten Wegen hin zu den genannten Zielen und zu politisch auftauchenden Widersprüchen bei der praktischen Prioritätensetzung kaum Überlegungen entfaltet wurden. Die Frage der Einzelentscheidung über Sanktionen einschließlich militärischer Instrumente mit UN-Legitimation kann – wenn sie eindeutig als gemeinsame Haltung formuliert werden soll – zum Streitpunkt werden. Insgesamt bleibt jedoch ein hohes Maß an Übereinstimmung in Zielen und Prinzipien sowie eine Reihe komplementärer Positionen (Schwerpunkte bei Globalisierung und klassischen außenpolitischen Details), die eine einheitliche Position ohne weiteres möglich machen.

Im Vergleich dazu haben SPD und Grüne – gerade durch die praktischen Regierungserfahrungen der letzten sieben Jahre geprägt – eine Reihe genauerer und differenzierterer Positionen zu wichtigen Fragen der Außenpolitik entwickelt. Programmatisch nahe stehen die Grundsatzideen zur Bedeutung des Multilateralismus, des Völkerrechts und der zentralen Stellung der UNO für die Weltordnung und die Lösung globaler Probleme. Auch liegt hier ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde, die Globalisierung soll gesteuert werden und Gerechtigkeitsdefizite bei der Entwicklungspolitik werden thematisiert.

Das Berliner Programm der SPD enthält ein Kapitel zur Sicherheitspolitik, der unter der Überschrift „Frieden in gemeinsamer Sicherheit“ einer traditionellen Philosophie der Sozialdemokratie folgt.<sup>107</sup> Wenngleich hier wie bei Bündnis 90/Die Grünen zahlreiche relevante Abweichungen der Realpolitik der rotgrünen Bundesregierung von programmatischen Grundsätzen zu verzeichnen sind, wird diese Leitidee direkt in die Programmdebatte 2004/5 übernommen. In der Präambel werden bereits eine friedliche Welt als Ziel, die gemeinsame Sicherheit, die Kultur des Ost-West-Streits, Europa als Friedensordnung und ein gerechter Nord-Süd-Ausgleich als Wege beschrieben.<sup>108</sup> Allerdings ist das Berliner

---

<sup>107</sup> SPD-Programm, S. 15

<sup>108</sup> Ebenda, S. 7

Programm gerade im Bereich der Außenpolitik angesichts seiner Entstehungszeit bis 1989 noch von der bipolaren Weltsituation geprägt. So gab es eine defensive Beschreibung der Aufgaben von NATO und Bundeswehr (Landesverteidigung). In der aktuellen Debatte wird die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus an zentraler Stelle genannt. Zugleich werden regionale Konflikte, zerfallende Staatsstrukturen, massive Armut und Marginalisierung als risikoreicher Nährboden dafür bezeichnet. Deshalb sei wertorientierte Politik hin zu globaler Verantwortungskultur zu entwickeln.<sup>109</sup> Lösungsansätze werden in einer weltweiten strukturellen Präventionsstrategie, gerechter Entwicklungspolitik und Globalisierungssteuerung, vertragsgestützter Abrüstung einschließlich der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen und einer Stärkung des internationalen Rechts gesehen. Die UNO wird als wichtigste Weltorganisation angesehen, deren Charta inklusive des Gewaltverbots zu respektieren sei. Schließlich sieht die SPD Deutschland als Teil einer Zivilmacht Europa und will die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als wichtiges Instrument außenpolitischen Agierens beschleunigt entwickeln.<sup>110</sup>

Auf der rein programmatischen Ebene lassen sich hier kaum unvereinbare Unterschiede zu PDS und WASG konstatieren. Allerdings würde bei der Frage nach Konzepten zu den Aufgaben der Bundeswehr ein großer Dissens entstehen, und die Bewertung der Außenpolitik unter Kanzler Schröder einschließlich zahlreicher Auslandseinsätze und der direkten wie mittelbaren Kriegsbeteiligungen würde den Graben massiv vertiefen.

Bündnis 90/ Die Grünen widmen sich in ihrem Grundsatzprogramm umfassend und am detailliertesten den Fragen der internationalen Politik. Ausgangspunkt sind hier die Veränderungen in der Welt, die mit der Überwindung der europäischen Teilung infolge des Endes des Kalten Krieges und mit dem Globalisierungspro-

---

<sup>109</sup> Frieden in gemeinsamer Sicherheit. Berichterstatter Gernot Eler, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin November 2004, S. 2

<sup>110</sup> Ebenda, S. 3-5

zess gekennzeichnet werden. Leitbilder sind neben der Gewaltfreiheit, der Entmilitarisierung und Verrechtlichung internationaler Beziehungen mit deutlich höherem Stellenwert als bei anderen Parteien die Universalität der Menschenrechte und eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung. Die entfesselte Globalisierung soll gebändigt und gesteuert werden. Zentraler Bezugspunkt dabei sei die UNO als umfassendste und wichtigste Ebene zur Lösung globaler Probleme. In Abgrenzung zu Hegemoniestreben und Großmachtpolitik wird Militär und konditionierter Bundeswehreininsatz im völkerrechtlich legitimierten UN-Rahmen als Mittel der Sicherheitspolitik angesehen. Mehrfach wird – völlig entgegen der realen Politik des grünen Außenministers – für eine Politik der Selbstbeschränkung votiert.

Auf den Punkt gebracht, ist die Option des konditionierten Gewalteinsatzes als Teil umfassender Sicherheitsstrategien die Scheidelinie zwischen Linkspartei.PDS und eingeschränkt WASG zu SPD und Grünen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Differenzen, denen jedoch Übereinstimmung in Grundsätzen, Prinzipien, zu Zielen in zahlreichen wichtigen außenpolitischen Fragen gegenüberstehen.

## 11. Europapolitik

Für die PDS ist mit der Europäischen Union ein neuer Raum für politisches Engagement entstanden, den es im Sinne einer auf Frieden, Demokratie und Freiheit gerichteten Politik zu nutzen gilt. Der Integrationsprozess und die Erweiterung werden befürwortet. Kritisch vermerkt das Programm, dass die EU derzeit zu einer Juniopposition zu den USA tendiert, aus der heraus neoliberale Politik und militärisch gestützte Großmachtinteressen zum Ausbau einer hegemonialen Weltordnung beitragen.<sup>111</sup> Dem setzt die Linkspartei ein alternatives Projekt entgegen, das demokratische und soziale Defizite der derzeitigen EU überwinden soll und den Integrationsprozess ökologisch wie sozial neu orientiert. Durch die Gewährleistung von Grundrechten, eine bedarfsorientierte

Grundsicherung, Gewerkschaftsrechte, öffentliche Daseinsvorsorge, Regionalentwicklung, Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigung und kooperative Friedenssicherung unter dem Dach der OSZE soll der neoliberalen Marktlogik Einhalt geboten werden.<sup>112</sup>

Die WASG widmet im Rahmen der Überlegungen zu internationalen Beziehungen einen Unterabschnitt der Entwicklung der Europäischen Union. Der Schwerpunkt liegt hier im sozialökonomischen Bereich. Zuerst fordert das Programm eine Änderung der neoliberalen Politik der EU, und weiter die demokratische Kontrolle und Neuausrichtung der Arbeit der Zentralbank am Ziel der Vollbeschäftigung. Gewerkschaftsrechte sollen europäisch abgesichert werden. Dieser Sicht des starken Gewerkschaftsspektrums wird die Forderung des eigenen und nahe stehenden attac-Spektrums angefügt, dass der vorliegende Verfassungsvertragsentwurf wegen seiner neoliberalen und militarisierenden Ausrichtung abzulehnen sei. Schließlich soll die EU demokratisiert werden unter Einschluss plebiszitärer Elemente. Im Gesamtkontext scheint die WASG der Europapolitik keine große Bedeutung beizumessen, nicht einmal als Bezugspunkt für Steuerharmonisierung oder als Akteur zur Beeinflussung der Globalisierungsprozesse.<sup>113</sup>

Die europapolitischen Positionierungen von PDS und WASG weisen keine Differenzen auf. Die Linkspartei hat detaillierte Einzelpositionen zum Integrationsprozess, die umfangreich im Europawahlprogramm 2004 entfaltet wurden. Vergleichbares ist auf WASG-Seite nicht zu finden. Auch hat die PDS ein umfassenderes Verständnis der Bedeutung des EU-Integrationsprozesses für verschiedene Politikbereiche. Daraus zieht sie den Schluss, dass eine Orientierung auf den EU-Raum für politische Akteure notwendig ist, wie dies in der Teilhabe am Projekt der Europäischen Linkspartei zum Ausdruck kommt. Die Kritik an neoliberaler Politik und so genannten Militarisierungstendenzen formulieren beide Parteien. Inwieweit

---

<sup>111</sup> PDS-Programm, S. 7

<sup>112</sup> Ebenda, S. 7/8

<sup>113</sup> WASG-Gründungsprogramm, S. 26

sich eine eher nationalstaatlich orientierte Politik der WASG oder dort noch nicht ausgearbeitete Einzelpositionen z.B. zu Erweiterung, Vertiefung oder Stabilitäts-pakt sich als kontroverse Debattenpunkte erweisen, kann hier nicht bestimmt werden.

Die SPD greift im Berliner Programm eine Vision des Heidelberger Programms von 1925 auf und setzt die Vereinigten Staaten von Europa als Fernziel. Die EU sei ein wichtiger Akteur in der Weltgesellschaft und müsse als Zone des Friedens nicht Vormacht, sondern politischer und Handelspartner sein, der sich auch stark in der Entwicklungspolitik engagiert. Ziel war eine gesamteuropäische Friedensordnung.<sup>114</sup> Im Jahre 2004 orientiert sich die Europapolitik im sicherheitspolitischen Feld an der beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie und setzt so deutlicher einen Akzent auf die Rolle der EU als politische Macht einschließlich militärischer Instrumente im Rahmen der ESVP. Europapolitik erhält gegenwärtig einen zentralen Stellenwert, da in verschiedenen Politikfeldern EU-Aspekte eine gewichtige Rolle spielen und die EU als international relevanter Akteur zur Gestaltung der Globalisierung gesehen wird. Die SPD will den europäischen Integrationsprozess entlang sozialdemokratischer Werte und Ziele vorantreiben. Es geht in Abgrenzung zum ungezügelten Kapitalismus nordamerikanischer Prägung um ein Gesellschaftsmodell, das individuelle und kollektive Grundrechte, Mitbestimmung, öffentliche Daseinsvorsorge, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und Vollbeschäftigung beinhaltet.<sup>115</sup>

Im Programm von Bündnis 90/ Die Grünen soll der Integrationsprozess vorangebracht werden hin zu einer EU, die sowohl für die Staaten als auch für die BürgerInnen eine Union darstellt. Zentral erscheint hier die Entwicklung einer bürgernahen europäischen Demokratie, in der die Entscheidungsbefugnisse transparent auf der jeweils geeigneten Ebene erhalten bleiben

---

<sup>114</sup> SPD-Programm, S. 17

<sup>115</sup> Europa. Berichterstatter Detlev Albers, Niels Annen, Angelica Schwall-Düren, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin Februar 2005, S. 6

sollen.<sup>116</sup> Regionen sollen gefördert und kulturelle Vielfalt erhalten bleiben. Zugleich wird für die volle Handlungsfähigkeit und entsprechende Befugnisse der europäischen Ebene plädiert, einschließlich der Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit von interessierten Staaten. Die Partei spricht sich für den Verfassungsvertrag aus und sieht als dessen Kern die Grundrechtecharta. Unterstützt wird auch die fortgesetzte Erweiterung bis zum Beitrittsperspektive für die Türkei.<sup>117</sup> Der Programmtext betont, dass neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Werte gleichberechtigt für das Europäische Modell stehen sollten. Zudem möchten die Grünen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Leitlinie europäischer Politik machen, Verbraucher und Arbeitnehmerschutzrechte gegen Machtkonzentration stärken und eine Steuerharmonisierung erreichen.

Zwischen Rotgrün und Linkspartei/WASG gibt es hinsichtlich der sozialen Ausgestaltung der EU ähnliche Zielvorstellungen, jedoch auch unterschiedliche Akzente und Wegbeschreibungen. So legt die WASG Wert auf Mitbestimmungsrechte, die PDS will eine umfassende Integration mit sozialem Schwerpunkt, die Grünen plädieren für eine Stärkung der Bürgerrechte in der Union und die SPD sieht vorrangig den Machtakteur im Globalisierungsprozess. Differenzen bestehen in der Frage der machtpolitischen Ausstattung der EU, insbesondere im Feld der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der ESVP. In der Debatte um den vorliegenden Verfassungsvertragsentwurf stehen sich auch die Ablehnung wegen neoliberaler Politik und militärischen Entwicklungen auf der einen Seite und die Befürwortung auf der rotgrünen Seite gegenüber.

---

<sup>116</sup> Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen, S. 101

<sup>117</sup> Ebenda, S. 103/104

## IV. Zusammenfassende Wertung

### 1. Grundsätzliche Aussagen, Selbstverständnis

Die Gesamtanlage beider Programme ist sehr verschieden. Die PDS formuliert neben ihren Positionen auf konkreten Politikfeldern zunächst ausführlich ihre Weg- und Zielvorstellungen, einen Wertekanon, bestimmt die gesellschaftlichen Verhältnisse international und national. Programmatischer Schlüsselbegriff ist der „Demokratische Sozialismus“. Kern des Sozialismusverständnisses sind die „grundlegenden Freiheitsgüter“. „Freiheit“ ist ein wichtiger Bezugspunkt sozialistischer Politik. Die Grundwerte werden mit realen politischen Prozessen und Forderungen verbunden. Hier geht es u. a. um eine andere Regulationsweise von Wirtschaft und die Überwindung der Profitdominanz.

Das im Vergleich zur PDS wesentlich kürzere Gründungsprogramm der WASG konzentriert sich auf alternative Positionen in den wichtigsten Politikfeldern. Es verzichtet auf weitergehende gesellschaftliche Weg- und Zielvorstellungen sowie auf eine ausführliche Analyse der gegenwärtigen Welt. Das hängt mit dem Entstehungshintergrund und dem Selbstverständnis der Partei als „Wahlalternative“ zusammen. Hier ging es vor allem um die Abgrenzung zur neoliberal dominierten Politik der SPD. Dies hat Vor- und Nachteile. Der Vorteil besteht darin, ideologische Einengungen zu verhindern. Der Nachteil besteht darin, dass es kaum eine übergreifende Identität über aktuelle Forderungen hinaus stiftet. Das ist aber für eine längerfristige Existenz einer Partei wichtig.

Diesen grundlegenden Unterschied in der Anlage beider Programme positiv aufzulösen, ist eine entscheidende Herausforderung für die Ausarbeitung einer neuen Programmatik. Positiv formuliert: Es besteht die Chance, einerseits eine gewisse ideologische Enge im PDS-Programm (viele Kompromissformulierungen zu den Eigentums- und Machtfragen und zur DDR-Geschichte), die mit der Geschichte der Partei zusammenhängen, zu überwinden und andererseits gegenüber dem

WASG-Programm eine weitergehende Identitätsstiftung zu erreichen. Im PDS-Programm finden sich dafür wichtige Anknüpfungspunkte (Freiheitsgüter, Werteverständnis). Die Orientierung der WASG auf die „solidarische Umgestaltung der Gesellschaft“ ist sehr knapp formuliert, trifft sich im Kern aber mit Vorstellungen der Linkspartei.PDS. Zwar ist die Leitidee „soziale Gerechtigkeit“ wichtig, aber für eine moderne Linkspartei zu wenig.

Vergleicht man die PDS-Programmatik mit dem Berliner Programm der SPD, so ergeben sich zumindest im grundlegenden Teil (Werte, allgemeine Ziele, Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus, Orientierungspunkt Demokratischer Sozialismus) wichtige Übereinstimmungen. Allerdings beruht das PDS-Programm stärker auf einer Transformations- als auf einer reinen Reformstrategie. Beachtenswert für eine zeitgemäße Parteiprogrammatik ist das Herangehen der Grünen, die die Gesellschaft in erster Linie über „Schlüsselprojekte“ auf konkreten Politikfeldern verändern wollen.

Das einigende Band zwischen Linkspartei.PDS und der WASG besteht programmatisch und politisch im Anti-Neoliberalismus. „Neoliberal“ ist geradezu der Synonymbegriff für alle Gebrechen und Krisen der gegenwärtigen Gesellschaft sowohl national als auch international. Eine präzise Bestimmung dieses Begriffs scheint eine wichtige Voraussetzung für die konkrete Politik einer zukünftig fusionierten Partei zu sein. Das Verständnis darüber entscheidet weitgehend, ob sich die Partei stärker fundamental positioniert oder sich auf das schwierige Feld konkret machbarer Alternativen begibt.

Andere Parteien wie SPD und Grüne formulieren programmatisch „neue Herausforderungen“, wie Globalisierung, demografischer Wandel, ökologische Herausforderungen, neue Informationstechnologien, Veränderungen im Geschlechterverhältnis u. ä., und versuchen Antworten

darauf zu geben. Solche Prozesse werden im PDS-Programm umfangreich beschrieben, aber es wird nicht immer klar, welche Konsequenzen sich daraus ableiten. Die Beschreibung der „kapitalistischen Globalisierung“ vermittelt den Eindruck, dass nur ein Kampf dagegen sinnvoll erscheint. Hinzu kommt die zentrale Kritik am Neoliberalismus, die eine Auseinandersetzung mit einer Form des Umgangs mit Problemen, nicht jedoch eine eigene Antwort ist. Von einer positiven Gestaltung der Globalisierung – wie bei der SPD – ist keine Rede. Das WASG-Programm suggeriert, dass eine Rücknahme von Internationalisierungsprozessen machbar und sinnvoll sei. Dieser Eindruck wird durch die traditionelle Sichtweise untermauert, nahezu alle wirtschaftlichen und sozialen Prozesse seien nach wie vor nationalstaatlich steuerbar. Zusammengefasst stellt sich hier die Aufgabe, relevante Veränderungen anzuerkennen und als Herausforderungen zu definieren, um daraus programmatische Antworten zu entwickeln.

Die Linkspartei.PDS begreift sich als sozialistische Partei, die einen starken Bezug zur Arbeiterbewegung und zu anderen emanzipatorischen Bewegungen formuliert. Die WASG definiert sich mehr oder weniger geschichtslos als Sammlungsbewegung gegen die gegenwärtige neoliberale Politik in Deutschland. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied im Selbstverständnis beider Parteien. Außerdem setzt sich die PDS mit ihrer Geschichte (DDR, SED) programmatisch auseinander. Das ist naturgemäß bei der WASG nicht der Fall.

Linkspartei und WASG sehen sich demgegenüber gleichermaßen an der Seite progressiver sozialer, demokratischer und antimilitaristischer Bewegungen, vor allem der Gewerkschaften. Mitglieder wollen beide Parteien aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen. Ein grundlegender Richtungswechsel in der Politik ist für beide ebenfalls das Ziel. Ein wichtiges Mittel für beide ist dabei die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Rahmen der gegebenen parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten der Demokratie. Neben Opponieren schließen beide auch das Regieren nicht grundsätzlich aus. Die Linkspar-

tei.PDS bekennt sich zu ihren Regierungsbeteiligungen auf Länderebene.

## 2. Zu einzelnen Politikfeldern

Auf allen Politikfeldern überwiegen eindeutig die Gemeinsamkeiten. Es gibt aber zu Einzelfragen auch Unterschiede.

In der *Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik* orientieren beide auf „qualitatives Wachstum“. Erhöhung der Massenkaukraft und der Binnennachfrage, staatliche Investitionsprogramme, Einführung von Mindestlöhnen, aktive Arbeitsmarktpolitik und hier speziell zur öffentlich geförderten Beschäftigung sind die wesentlichen übereinstimmenden Forderungen. Auch sind die Steuerkonzepte – bis auf einige Einzelfragen – ähnlich. Insgesamt vertritt die WASG eher einen traditionell angelegten Keynesianismus, der ungebrochen auf nationalstaatliche Steuerung setzt. Hier ist die Linkspartei.PDS vorsichtiger und verweist mehr auf die europäische Ebene. Während die WASG ein traditionelles breit angelegtes Investitionsprogramm befürwortet, will die PDS dieses stärker auf Bildung und Innovation und ökologische Umgestaltung orientieren. Bei der Finanzierungs- und Verschuldungsfrage sieht die WASG überhaupt keine Probleme, während die PDS hier die neuen Lage (weitaus höherer Verschuldungsstand als in den 70er Jahren, Internationalisierung, Strukturkrisen u. a.) teilweise reflektiert und Konsequenzen ableitet, die – wie die Auseinandersetzungen in Berlin zeigen – zu relevanten Streitfragen der Kooperation werden können. Die WASG vertritt eine starke Ausweitung des öffentlichen Dienstes (einschließlich Polizei u. a.). Die Linkspartei.PDS plädiert mehr für öffentlich geförderte Beschäftigung in humanorientierten Dienstleistungen bei verschiedenen Trägerformen und für die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in „richtige“ Erwerbsarbeitsplätze, indem man verschiedene Mittel zusammenlegt.

Für beide Parteien hat die *Wirtschaftsdemokratie* einen hohen Stellenwert. Allerdings steht hier bei beiden eine zeitgemäße Bestimmung über die konkreten Projekte, die sich mit diesem Begriff verbinden, noch aus. Am klarsten sind die Forderun-

gen nach mehr Mitbestimmung und für die Ausweitung und nicht Einengung der Arbeitnehmerrechte.

Nicht eindeutig sind bei beiden die Formulierungen über die *Vergesellschaftung* von Großunternehmen. Einerseits distanziert man sich (die PDS mehr, die WASG weniger) von einer reinen Verstaatlichung, andererseits wird nicht ganz klar, was diese „Vergesellschaftung“ konkret bedeutet. Die WASG will sogar die Rückführung der privatisierten Bereiche in öffentliches Eigentum.

In der *Arbeitszeitpolitik* streben beide Parteien nach Arbeitszeitverkürzungen, traditionell vor allem der Wochenarbeitszeit. Im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS wird voller Lohnausgleich mindestens für die unteren Lohngruppen gefordert. Die WASG thematisiert dieses Problem im Programm nicht.

*Ostdeutschland und strukturschwache Gebiete* kommen ausführlicher im Programm der PDS vor. Wirtschaftspolitisch sind die Positionen dabei ähnlich. Die Linkspartei.PDS will darüber hinaus andere Benachteiligungen Ostdeutscher (Rente) aufheben und die Ostdeutschen stärker an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beteiligen. Was konkret darunter zu verstehen ist, bleibt weitgehend offen.

Die Positionen zur Reformierung der *sozialen Sicherungssysteme* sind ähnlich. Die Rücknahme von Hartz IV wird von beiden Parteien gefordert. Allerdings gibt es einige Unterschiede, welche Einzelregelungen in erster Linie verändert werden sollten. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung (PDS) oder eine Mindestsicherung (WASG) wollen beide. Die PDS legt den politischen Schwerpunkt auf die bedarfsorientierte Grundsicherung für alle. Die WASG vertritt offenbar vorrangig die Interessen der (westdeutschen) Arbeitnehmerschichten, die bereits einen relativ höheren Lebensstandard erreicht haben.

Bei der *Kranken- und Pflegeversicherung* sind die Positionen nahezu identisch (Bürgerversicherung, paritätische Finanzierung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer, soli-

darische Erneuerung des Gesundheitswesens u. a.).

Beide Parteien gehen im Grundsatz davon aus, dass das gegenwärtige *Rentensystem* zukunftsfähig ist. Der demografische Faktor spiele allenfalls in der Zukunft eine Rolle. Beide Parteien lehnen Rentenkürzungen, den Nachhaltigkeitsfaktor und eine Erhöhung der Altersgrenze für das Renteneintrittsalter ab. Beide wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die Angehörige aller Berufsgruppen einbezogen werden. Beide sehen kein Problem darin, dass nahezu ein Drittel der Ausgaben für das Rentensystem aus Steuermitteln erfolgt. In Einzelfragen gibt es Unterschiede.

In der *Umweltpolitik* sind die Positionen beider Parteien ähnlich.

Die Problemkreise *Lebensweise, Individualität und Kultur* werden nur im PDS-Programm behandelt. *Gleichstellung der Geschlechter* ist in beiden Programmen deutlich untergewichtet. *Familienpolitik* kommt in beiden Programmen nicht vor.

In der *AusländerInnen- und MigrantInnenpolitik* sind die Positionen beider Parteien ähnlich. Allerdings betont die PDS, dass die Grenzen Deutschlands und der EU für Menschen in Not offen sein müssen. Die WASG legt den Schwerpunkt auf die Integration der in Deutschland lebenden AusländerInnen.

Zum Problemkreis *Bildung, Wissenschaft und Hochschulen* sind die Positionen gleich oder ähnlich (längeres gemeinsames Lernen, kleinere Klassen, Gebührenfreiheit von der Kita bis zu den Hochschulen und Universitäten, Umlagefinanzierung bei der Berufsausbildung, Schwerpunkt Weiterbildung, mehr Autonomie und Demokratisierung der Hochschulen usw.). Die WASG legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Demokratisierung von Wissen und Information. Besonders im Bereich Bildung, Wissenschaft und Hochschule handelt es sich um einen weit reichenden Forderungskatalog. Ähnlich verhält es sich auf den Gebieten Wirtschaft und Soziales. Hier werden der Zeithorizont der programmatischen Forderungen und die Schwerpunkte für die mögliche Realisierung dieser Forderungen nicht genügend deutlich.

Hinsichtlich des *Demokratie- und Staatsverständnisses* weisen PDS und WASG ähnliche Position beim Engagement zur Demokratisierung, in der Ablehnung weiterer Privatisierungen insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge, in der Frage der Umverteilung zur Erhöhung der Staatseinnahmen und in der Wertschätzung der sozialstaatlichen Regulationsfunktion des Staates auf. Auch vertreten beide Parteien Ideen für öffentlich geförderte Beschäftigung und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Sie sehen im Staat einen wichtigen wirtschaftspolitischen Akteur und befürworten ein staatliches Investitionsprogramm. Differenzierungen bestehen bei der Berücksichtigung von Haushaltsproblemen in der Umsetzung dieser Ideen und im Verständnis der – mehr von der PDS gesehenen – Möglichkeiten zur zivilgesellschaftlichen Über-

nahme von Dienstleistungen. Beide plädieren für Volksentscheide auf Bundes- und EU-Ebene.

Im Sachbereich der *Außen-, Sicherheits-, Europa- und Friedenspolitik* haben sowohl Linkspartei.PDS als auch WASG quasi pazifistische Positionen. Sie fordern eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die Stärkung der UNO, Veränderungen in IWF- und Weltbankpolitik, verstärkte Prävention und zivile Konfliktlösung. Zwar wird das Monopol des Sicherheitsrates zur Verhängung von Sanktionen einschließlich militärischer Zwangsmaßnahmen anerkannt, zugleich sollen jedoch deutsche Bundeswehreinheiten nicht daran beteiligt werden und die Europäische Union nicht die entsprechenden Instrumente als globaler Akteur erlangen können.

# Quellen

## Grundsatzprogramme

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25/26. Oktober 2003 in Chemnitz. *(Kurz: PDS-Programm)*

Gründungsprogramm der WASG. Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Die Wahlalternative, Internetausdruck. *(Kurz: WASG-Gründungsprogramm)*

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998. *(Kurz: SPD-Programm)*

Grundsatzprogramm von Bündnis90/Die Grünen, grün 2020. wir denken bis übermorgen! 18. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 15.-17. März 2002, Berlin, Tempodrom. *(Kurz: Grundsatzprogramm Bündnis90/Die Grünen)*

Programm für eine bessere Zukunft. Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG – offizielles Kurzprogramm, Internetausdruck. *(WASG-Kurzprogramm)*

## Wahlprogramme

Für eine neue soziale Idee, Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005. *(Kurz: Wahlprogramm der Linkspartei.PDS)*

Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD, 2005. *(Kurz: Wahlmanifest der SPD)*

Eines für alle: Das Grüne Wahlprogramm 2005, Bündnis90/Die Grünen. *(Kurz: Das grüne Wahlprogramm)*

Wahlmanifest. Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG). *(Kurz: Wahlmanifest der WASG)*

## Angaben zu den Autoren

Jana Hoffmann, Jahrgang 1982, ist Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und studiert an der Technischen Universität Chemnitz Politikwissenschaft und Philosophie

Dr. sc. Horst Dietzel, Jahrgang 1943, befasst sich seit mehreren Jahren mit Parteienanalysen und Strategie- und Grundsatzfragen der PDS

Gerry Woop M.P.S., Jahrgang 1968, ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt in der Außen- und Sicherheitspolitik und schreibt als Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Dissertation an der Universität Potsdam